



Bielefeld wächst

mit seinen

Ideen

Regierungsprogramm der

Freien Demokraten Bielefeld

2020-2025

Bielefeld wächst mit seinen Ideen - Regierungsprogramm 2020-2025

Bielefeld ist eine Stadt, die voller Ideen steckt. Wir wollen sie wecken und groß machen. Leider herrscht im Bielefelder Politikbetrieb in vielen Bereichen Trägheit und Stillstand. Als eigenständige Oppositionskraft haben wir seit 2014 versucht, dies im Tagesgeschäft durch unsere Arbeit aufzubrechen. Mit unseren Ideen konnten wir in den letzten Jahren auch gegenüber der rot-grünen Mehrheit durch Überzeugungsarbeit und öffentlichen Druck einige Erfolge erzielen, unter anderem:

- Gründung einer medizinischen Fakultät durch die Landesregierung
- Einführung eines günstigen Monatstickets für Bahn und Bus für Bielefelder Schülerinnen und Schüler, das wir noch verbessern wollen
- Verhinderung der rot-grünen Schließungspläne und Erhalt der Bosse-Realschule
- Beginn der Planungen für eine Erweiterung des Tierparks Olderdissen und für einen Fernbusbahnhof im Stadtzentrum
- Abschaffung der Gebühren für die Außengastronomie für 2020

Gegenüber der dünnen Bilanz von Oberbürgermeister und Rot-Grün sind das wichtige Erfolgsbeiträge für unsere Stadt. Allerdings braucht es in vielen Politikfeldern noch echte Trendwenden, echte Aufbrüche:

- Es braucht eine echte Wachstumspolitik für unsere Wirtschaft,
- wir müssen endlich mehr Wohnraum schaffen, von der Mietwohnung bis zum Eigenheim,
- Verwaltung und Schulen müssen digitaler werden,
- in der Verkehrspolitik braucht es ein besseres Management und weniger ideologisierte Planungen,
- die Modernisierung und Verbesserung der Bildung in Bielefeld muss deutlich an Priorität gewinnen und
- Bielefeld sollte den Mut haben, den Wissenschafts- und Kulturstandort als Aushängeschild für die Stadt zu nutzen.

Anstelle einer Politik, die kein Interesse hat an wirtschaftlicher Entwicklung, neuem Wohnungsbau, funktionierender Mobilität und gut ausgestatteten Schulen wollen wir einen mutigen Modernisierungsschub für unsere Stadt. Wir sind voller Ideen und blicken ungeduldig auf die anstehende Kommunalwahl.

Wir wollen Bielefeld mutig, optimistisch, weltoffen, emphatisch und lösungsorientiert gestalten. Warten wir nicht länger, packen wir die Zukunft unserer Stadt gemeinsam an.

Wirtschaft

Jetzt wieder Verfügbar:

Wirtschaftspolitik

Wirtschaft – Jetzt wieder verfügbar: Wirtschaftspolitik

Die Herausforderung

Bielefeld als Stadt des Mittelstands hat mit vielen erfolgreichen mittelständischen Traditionsunternehmen, aber auch zahlreichen neuen Start-ups eine gesunde Wirtschaftsstruktur, die in den letzten Jahrzehnten Wohlstand gesichert, Arbeit und Beschäftigung erzeugt und viele öffentliche Angebote ermöglicht hat. Die Corona-Pandemie hat die Wirtschaft nun auch in unserer Stadt schwer getroffen. Jetzt müssen wir diesen Ast, auf dem wir alle sitzen, stärken. Die Bielefelder Unternehmen und ihre Beschäftigten brauchen spätestens jetzt einen Partner im Rathaus, der genauso innovativ, ambitioniert und zukunftsorientiert ist wie sie selbst.

Untersuchungen haben gezeigt, dass die Attraktivität einer Stadt stark mit ihrer wirtschaftlichen Dynamik einhergeht. Städte mit überdurchschnittlichem Wirtschaftswachstum können mehr in Bildung, Soziales und Kultur investieren. Wenn eine Stadt erstklassige Leistungen anbieten will, kann sie sich keine unterklassige Wirtschaftspolitik leisten.

Statt ausschließlich zu fragen, wie wir leben, müssen wir uns jetzt wieder fragen: Wovon eigentlich? In Bielefeld muss endlich wieder Wirtschafts- und Standortpolitik gemacht werden. Statt zu überlegen, wie weit man Betriebe und Unternehmen belasten kann, muss wieder im Vordergrund stehen, wie man Betrieben und Unternehmen helfen kann, damit Arbeitsplätze gesichert bleiben.

Unser Kompass

Die soziale Marktwirtschaft bleibt die beste Grundlage für qualitatives Wachstum und mehr Wohlstand für alle. Keine Großorganisation oder Bürokratie kennt die individuellen Bedürfnisse des Einzelnen besser als er selbst. Deshalb ist die Soziale Marktwirtschaft auch die demokratischste aller Wirtschaftsformen. In ihr entscheiden nicht Politik und Verwaltung über das Angebot, das offeriert, produziert und angenommen wird, sondern der Einzelne als Verbraucher, Hersteller, Händler, Marktteilnehmer. Das Erfolgsmodell Bundesrepublik Deutschland hat klar gezeigt: Unsere Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft liefert bessere Ergebnisse als allen anderen Wirtschaftsformen. Daher ist das auch unser Rezept, um die Bielefelder Wirtschaft wieder auf einen Wachstumspfad zu führen. Keine Partei kennt sich mit Wirtschaftspolitik besser aus als wir. Keine Partei streitet so konsequent für die soziale Marktwirtschaft.

Arbeit ist nicht nur Broterwerb, sondern Austausch mit Menschen, Teilhabe am gemeinsamen Leben und Quelle von Selbstvertrauen und Zutrauen in das eigene Handeln. Die sozialste Politik ist daher die, die möglichst vielen Menschen die Chance gibt, einer eigenen Arbeit nachzugehen. Die Wirtschaft ist kein isoliertes, separates Objekt, sondern Wirtschaft, das sind wir alle. Daher ist unser Politikansatz auch weit gefasst. Nicht nur die unmittelbaren finanziellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind Standortfaktoren, sondern auch Felder wie Infrastruktur, Verkehr, Netzverfügbarkeit, Lebensqualität, Bildung, Kultur und viele andere mehr.

Auch Städte und Standorte stehen in einem Wettbewerb. Diesen wollen wir annehmen und für ihn wollen wir Bielefeld fit machen. Dazu gehört eine solide Haushaltsführung, die Prioritäten setzt und sparsam mit dem Geld der Bielefelderinnen und Bielefelder umgeht. Wir wissen: Jeder Euro, den wir für unsere Stadt ausgeben wollen, muss zunächst erwirtschaftet werden.

Wir wollen aus Bielefeld einen Standort machen, der in der ersten Liga deutscher Städte erfolgreich mitspielt. Als größte Stadt in OWL wird Bielefeld mit unserer Politik die wirtschaftliche Verknüpfung mit unserer Region verstärken und unser Einzugsgebiet als Stärke für den nationalen Wettbewerb nutzen. Dies gilt für alle Wirtschaftszweige, insbesondere für den Einzelhandel. Hier muss sich Bielefeld als europäisch geprägte Stadt begreifen. Die Innenstadt muss beispielsweise in der Konkurrenz zum Internet mehr sein als die Bedarfsdeckung mit Gütern. Wir brauchen interessante Erlebnismöglichkeiten, die eine hohe Aufenthaltsqualität bieten – in der City und den Bezirken.

Die Gründung der medizinischen Fakultät an der Universität Bielefeld durch die schwarz-gelbe Landesregierung ist eine einmalige Chance für unsere Stadt und muss auch wirtschaftspolitisch genutzt werden. Start-ups und medizinische Cluster können dadurch in der Stadt und in der Region entstehen. Wir haben an diese Chance immer geglaubt und immer dafür gekämpft. Nun sind wir auch die Richtigen, daraus etwas zu machen.

Das Ziel, ein für Wirtschaft und Handel attraktiverer Ort zu werden, muss sich in allen Entscheidungen widerspiegeln. Die Kostenseite der Unternehmen entlasten, Gründungen unterstützen, Gewerbeflächen schaffen, Verwaltung wirtschaftsfreundlich ausrichten und als Partner jedes einzelnen Unternehmens begreifen - Nur so werden wir die Wirtschaftskrise bewältigen und Beschäftigung sichern. Ob produzierendes Gewerbe, Handel, Handwerk, Logistik, Freiberufler, Gastronomie, Landwirtschaft, Versorgung, Baugewerbe, Kreativwirtschaft ... – unsere Wirtschaft ist vielfältig und wir werden um jeden einzelnen Arbeitsplatz in Bielefeld kämpfen.

Unsere Maßnahmen – Was zu tun ist:

→ Kernaufgaben kommunaler Wirtschaftsförderung wahrnehmen

1. **Bielefeld zur Glasfaser-City machen.** Wir machen Bielefeld bis zum Jahr 2030 zur Stadt mit der besten Internetanbindung in Deutschland. Hierzu werden wir den Ausbau der Glasfasernetze direkt zum Nutzer vorantreiben. Die bisherigen Zielsetzungen der Stadtwerke für den Glasfaserausbau müssen hierfür erhöht werden. Wir wollen für Bielefeld eine 100%-Versorgung mit 5G realisieren und ein dichtes Netz freier WLAN-Hotspots im ganzen Stadtgebiet realisieren.
2. **Mehr Raum für Arbeitsplätze.** Zur Standortsicherung bestehender Unternehmen und zur Neuansiedlung werden wir ausreichend Gewerbegebiete geschaffen. Wir haben vor der letzten Kommunalwahl dafür gesorgt, dass zum ersten Mal seit Jahrzehnten wieder große Gewerbeflächen ausgewiesen wurden. Seitdem herrscht Stillstand. OB Clausen und Grün-Rot haben in den letzten sechs Jahren nicht die Kraft gehabt, auch

nur einen Hektar Gewerbegebiet neu auszuweisen. So wurden Hunderte Arbeitsplätze von unserer Stadt ferngehalten. In 2016 mussten z.B. lt. Angaben der Stadt Neuansiedlungen im Umfang von 90 ha mangels Flächen abgewiesen werden. Schon 2015 meldeten in einer Befragung 60 Betriebe konkrete Flächenbedarfe von fast 30 ha an. Wir beenden diese Null-Platz-für-Wirtschaft Politik und wollen in den nächsten 5 Jahren 100 ha neue Gewerbegebiete ausweisen. Dazu brauchen wir eine Verständigung mit der Landwirtschaft und wollen alle Möglichkeiten der Ausgleichsflächenmobilisierung und des durch die Landesregierung verbesserten Landesentwicklungsplans flexibel nutzen. Wir halten die Ausweisung interkommunaler Gewerbegebiete nur dann für sinnvoll, wenn die zu schaffenden Arbeitsplätze auch von Bielefeldern sinnvoll eingenommen werden können. Eine Beteiligung an sehr weit vom Stadtgebiet entfernten Standorten ist für Bielefeld nicht attraktiv.

3. **Bielefeld Agentur schaffen - WEGE komplett neu ausrichten und mit Bielefeld Marketing zusammenführen.** Wir werden eine grundlegende Reform der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft WEGE durchsetzen. Wirtschaftsförderung in Bielefeld braucht eine klare Strategie und sollte Hand in Hand mit dem Stadtmarketing gehen. Diese Bielefeld Agentur soll gezielt Branchen- und Länderschwerpunkte entwickeln, um im Standortwettbewerb attraktive Nischen zu besetzen und diese aggressiv zu vermarkten. Hierzu wollen wir der Bielefeld Agentur eine hauptamtliche Geschäftsführung geben. Diese Position soll zur Stimme der Wirtschaft in der Verwaltung werden. Die bisherige Lösung, einen Dezernenten im Nebenamt damit zu betrauen wird der Bedeutung der Aufgabe nicht gerecht. Die Geschäftsführung muss unmittelbar dem Oberbürgermeister zugeordnet werden und Teil des Verwaltungsvorstands sein.

→ **Bielefeld als Wissenschaftsstadt entwickeln**

4. **Jahrhundertchance „Medizinische Fakultät“ nutzen.** Die von der Landesregierung initiierte medizinische Fakultät ist eine einmalige Chance für unsere Stadt. Diese von FDP und CDU vorangetriebene und von Rot-Grün ausgebremste Infrastrukturinvestition holt Spitzenmedizin in unsere Stadt, macht unsere Kliniken wettbewerbsfähiger und stärkt, in Kombination mit den bestehenden Fakultäten, unsere Potenziale in Wissenschaft und Wirtschaft. Gemeinsam mit der Universitäts- und Fakultätsleitung werden wir endlich eine langfristige Strategie entwickeln, wie diese Chance optimal genutzt und der Aufbau so intensiv wie möglich durch die Stadt begleitet wird. Wer wie Rot-Grün nie dran geglaubt hat, ist nicht der Richtige, diese Chance zu nutzen.
5. **Studiengang Pharmazie in Bielefeld ansiedeln.** Wir wollen, dass sich Bielefeld auf allen Ebenen für die Eröffnungen eines Instituts für Pharmazie an der Universität Bielefeld einsetzt. Dieses soll an die medizinische Fakultät angekoppelt sein und den allgemeinmedizinischen Schwerpunkt ergänzen. Darüber hinaus erhöht ein Institut für Pharmazie das Innovations- und Gründungspotenzial Bielefelds, etwa bei der Forschung zu neuen Therapien.

6. **Außeruniversitäre Forschung nach Bielefeld holen.** Wir wollen, dass in Bielefeld ein Max-Planck-oder Fraunhofer-Institut angesiedelt oder eine vergleichbare institutionalisierte Forschungsförderung zusätzlich initialisiert wird. Gemeinsam mit Vertretern der örtlichen Hochschule werden wir ein Konzept erarbeiten, wie und in welchem Fachbereich eine solche Ansiedlung vielversprechend ist und wie dies durchgesetzt werden kann. Die Stadt wird die notwendigen Flächen mobilisieren, um sich zukünftig ernsthaft und mit Vorratsflächen um eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung bewerben zu können.
7. **Neustart für sogenannte Wissenswerkstatt.** Die „Wissenswerkstatt“ in der ehemaligen Stadtbibliothek an der Wilhelmstraße ist maßgeblich von Pit Clausen durchgesetzt worden, kostet uns 1 Mio. € pro Jahr, hat aber bislang kein richtiges Konzept. Als teures Prestigeprojekt des Oberbürgermeisters leistet es in der jetzigen unstrukturierten Form der Positionierung Bielefelds als Wissenschaftsstadt einen Bärendienst. Wir wollen an diesem zentralen Standort eine andere Nutzung starten und prüfen, ob das Gebäude etwa als Quartier für Unternehmensgründungen geeignet ist.
8. **Echten Austausch zwischen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft starten.** Die hervorragende Stellung Bielefelds als Wissenschaftsstandort sorgt für Nachschub von Ideen, Innovationen und qualifizierten Arbeitskräften. Unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind unser Trumpf im Standortwettbewerb. Wir wollen, dass durch eine bessere Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft die enormen Wachstumspotenziale stärker genutzt werden, z. B. durch den regelmäßigen Austausch von Wirtschaft, Politik und Hochschulen in einer Bielefelder Wissenschaftsrunde oder die Förderung von Existenzgründungs-Netzwerken.

➔ **Keine Angst vorm Gründergeist**

9. **Bielefelder Gründerstipendium einführen.** Ein Jahr sich voll auf die Entwicklung einer Geschäftsidee fokussieren zu können – Wir wollen jedes Jahr fünf Gründerinnen und Gründer, die in Bielefeld anfangen wollen, für 12 Monate mit jeweils 1.000 € pro Monat fördern. Das Einwerben privater Mittel hierfür ist zu prüfen. Das Bielefelder Gründerstipendium ergänzt das entsprechende NRW-Programm.
10. **Hochschulausgründungen forcieren.** Wir wollen, dass die WEGE ihre Anstrengungen zur Förderung von Existenzgründungen deutlich verstärkt. Ein Schwerpunkt sollen dabei Hochschulausgründungen sein. Die bestehenden Gründungsinitiativen werden wir stärker unterstützen. Der nächste Dr. Oetker soll wieder aus Bielefeld kommen. Politik für Gründerinnen und Gründer wird mit uns Chefsache, denn das entscheidet mit über den langfristigen Erfolg unserer Stadt.
11. **Flächen für Ausgründungen um die Hochschulen schaffen.** Bielefeld braucht mehr Räume im Umfeld der Hochschulen, um Ausgründungen einen Start zu ermöglichen und sie frühzeitig an den Standort Bielefeld zu binden. Neben Inkubatoren sind flexible, größere Büroflächen und schließlich freie Flächen für unternehmensbezogene

Bauvorhaben vorzuhalten, damit junge Unternehmen auch am Standort groß werden können. Neue, wissensbasierte Dienstleistungsunternehmen entstehen vor allem rund um die Hochschulen, wenn der Raum da ist. Andernfalls wandern sie ab.

12. **Gründungen von Bielefelderinnen und Bielefeldern mit nicht-deutscher Muttersprache fördern.** Zweiter Schwerpunkt der gezielten Gründungsförderung sollen Gründungen durch BürgerInnen mit Migrationshintergrund sein. Hier hat Bielefeld ein hohes, noch ungenutztes Potenzial und hier können gezielte Beratungsangebote und ihre werbliche Kommunikation viel bewirken. Ein Teil des Integrationsbudgets sollte in Kommunikations- und Beratungsangebote mit dieser Zielrichtung fließen.
13. **Gründungsfonds und Gründungspreis einrichten.** Um Unternehmensgründungen mit Sitz in Bielefeld Finanzierungen in frühen Phasen (Seed-Capital, Early Stage-Capital) zu ermöglichen, wird die WEGE einen Gründungsfonds einrichten. Dieser Fonds steht externen Geldgebern offen. Wir wollen zudem einen Bielefelder Gründungspreis ausloben und so Aufmerksamkeit und Kapital mobilisieren. Gründungsfonds und Gründungspreis werden wir in Kooperation mit den bestehenden Gründungsinitiativen initiieren und durchführen.

→ **Solide wirtschaften, Steuern senken**

14. **Steuern senken, nicht erhöhen.** Wir schließen in den nächsten fünf Jahren die Erhöhung von Steuern kategorisch aus und streben eine Senkung von Gewerbe- und Grundsteuer in dieser Zeit an. Damit und mit dem Abbau des Haushaltsdefizits setzen wir ein Entlastungssignal, geben der Wirtschaft Planungssicherheit, stoppen die Abwanderung von Unternehmen und Arbeitsplätzen und sorgen für höhere städtische Einnahmen.
15. **Grundsteuerreform aufkommensneutral umsetzen.** Das Bundesverfassungsgericht hat eine Änderung der Bemessungsgrundlage der Grundsteuer veranlasst. Ab 2025 soll die Grundsteuer nach einem neuen Modell erhoben werden. Allen Versuchen, diese Änderung für versteckte Steuererhöhungen zu nutzen, werden wir entgegenzutreten. Sinnvoll wäre es, eine Steuersenkung mit der Umsetzung der Reform zu verbinden.
16. **Erhöhung der Hundesteuer sofort zurücknehmen, Steuer mittelfristig senken.** Die durch Rot-Grün vorgenommene Erhöhung der Hundesteuer um 20% werden wir als eine unserer ersten Maßnahmen rückgängig machen. Die Hundesteuer ist in Bielefeld deutlich höher als in Nachbarkommunen. Wir wollen weitere Senkungen bis hin zur Abschaffung prüfen.
17. **Schuldenbremse einführen.** Die Corona-Krise ist ohne Schulden nicht zu bewältigen. Entscheidend ist, schnell wieder zu Wachstum zu kommen und Defizite im Haushalt durch den Verzicht auf unnötige Ausgaben konsequent zurückzuführen. Wir wollen daher eine Schuldenbremse in Kraft setzen. Zum Ende der nächsten Ratsperiode, also 2025, soll Bielefeld wieder ohne neue Schulden auskommen. Dabei wollen wir vor allem die konsumtiven Ausgaben im Zaum halten, denn wir brauchen auf der anderen

Seite auch dringend neue Investitionen vor allem in den Bereichen Bildung (Schulen) und Infrastruktur (Digitales, Straßen).

18. **Bürokratie abbauen, Gewerbesteuerprüfer anders einsetzen.** Die ausufernde Bürokratie ist ein Ärgernis für Wirtschaft und Bürger. Wir wollen die Stellen der Gewerbesteuerprüfer zu Anti-Bürokratiebeauftragten für die Stadt Bielefeld umwandeln. Die rot-grüne Koalition war der Meinung, dass steuerzahlende Unternehmen noch nicht genug Steuerbürokratie zu bewältigen haben und hat zwei Gewerbesteuerprüfer eingestellt. Zuständig für die Kontrolle der richtigen Steuerzahlung ist das Finanzamt, nun sitzt manchmal noch ein städtischer Angestellter zusätzlich dabei. Die meisten Unternehmen verstehen das als Misstrauenssignal an die Wirtschaft und die Erzeugung unnötiger Bürokratie. Daher sollen die Gewerbesteuerprüfer als Anti-Bürokratiebeauftragte das Rechnungsprüfungsamt verstärken. Dieses Amt untersucht die internen Vorgänge in der Stadtverwaltung und ist eigentlich das einzige Amt, in dem Oberbürgermeister und Koalition gezielt und nachhaltig Stellen abgebaut haben. Ziel dieser Anti-Bürokratie-Offensive ist die Vereinfachung der Interaktionen zwischen Unternehmen und Stadt sowie zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Stadt. Zum Aufgabenfeld sollen zudem die Abschaffung nicht benötigter Vorschriften, die Nutzung der Digitalisierung zur Verschlanung und Automatisierung von Prozessen sowie eine bessere Verständlichkeit unbedingt erforderlicher Formulare gehören. Alle kommunalen Regelungen sollen auf ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit überprüft werden.
19. **Clubs unterstützen, Vergnügungssteuer abschaffen.** Wir werden die veranstaltungsbezogene Vergnügungssteuer nicht mehr erheben und dadurch de facto abschaffen. Das ist eine Hilfe für Clubs und Diskotheken, die durch die Corona-Krise besonders betroffen sind und die für die Attraktivität einer Großstadt von zentraler Bedeutung sind. Bielefeld hat bislang die höchsten Steuersätze in NRW und führt die Erhebung noch dazu besonders bürokratisch durch. Die Besteuerung von Geldspielautomaten wollen wir hingegen bestehen lassen.
20. **Handwerkerparkausweise vergünstigen.** Damit Handwerker ihre Fahrzeuge schnell und unkompliziert abstellen können, besteht die Möglichkeit, Handwerkerparkausweise bei der Stadt zu beziehen. Wir wollen die Gebühren hierfür senken, um das lokale Handwerk nach der Corona-Krise zu stärken.
21. **Gebühren für Außengastronomie senken.** Kaum eine Branche ist so durch die Corona-Pandemie in Mitleidenschaft gezogen worden wie die Gastronomie. Um den Betrieben zu helfen, die Arbeitsplätze zu sichern und eine lebendige Innenstadt zu festigen, wollen wir nicht nur wie auf unsere Initiative beschlossen für das Jahr 2020 die Gebühren für Außengastronomie zurückerstatten sondern diese ab 2021 halbieren.
22. **Keine neuen Steuern.** Die Erfindung und Erhebung neuer Steuern durch die Stadt lehnen wir ab, weil sie zusätzliche Belastungen darstellen und den bürokratischen

Aufwand nicht rechtfertigen. Betten-, Katzen- oder Pferdesteuern wird es in Bielefeld mit uns nicht geben.

→ **Klare Kante für die soziale Marktwirtschaft – Ordnungspolitik beginnt in der Kommune**

23. **Privat vor Staat – Unfairen Wettbewerb durch städtische Unternehmen stoppen.** Wir werden verhindern, dass städtische Unternehmen über ihren ursprünglich festgelegten Bereich hinaus tätig werden, da hier die Gefahr besteht, private Unternehmen etwa durch Quersubventionierungen aus dem Markt zu drängen. Alle Angebote von Stadtwerken, Umweltbetrieb, BGW und anderen städtischen Unternehmen werden wir auf solche Fälle prüfen und die entsprechende unternehmerische Tätigkeit begrenzen bzw. beenden.
24. **Unnötige Beteiligungen abgeben.** Unnötige unternehmerische Risiken für die Stadt wollen wir abbauen. Es gehört für Bielefeld nicht zur Daseinsvorsorge, im Kreis Gütersloh Glasfaser zu verlegen oder die Stromversorgung in Ahlen zu organisieren. Die Beteiligungen an den Stadtwerken Gütersloh und Ahlen sowie weitere Beteiligungen der Beteiligungen wollen wir auf Veräußerungsmöglichkeiten prüfen lassen.
25. **Keine grünen Würfel mehr - Gewerbeimmobilien der BGW verkaufen.** Die städtische Wohnungsbaugesellschaft soll sich auf den Bau von Wohnungen konzentrieren. Die Gewerbeimmobilien wollen wir daher schnell veräußern. Hier erfüllt die Gesellschaft nicht ihre eigentliche Funktion und wir vermeiden so ein zweites Millionengrab, wie es der Grüne Würfel eines ist.
26. **Man muss nicht alles selbst machen – Mehr Leistungen ausschreiben.** Wir wollen, dass mehr Leistungen von Verwaltung und städtischen Unternehmen, die derzeit intern erbracht werden, ausgeschrieben werden. Die Ausschreibebedingungen sollen sicherstellen, dass auch kleinere Bielefelder Unternehmen eine Chance auf Berücksichtigung haben. Die durch den Einstellungsstopp entfallene Kapazität bei der Raumpflege kann so z.B. nach und nach durch private Reinigungsunternehmen ausgefüllt werden. Wenn kein Unternehmen mehr eigene Raumpflegekräfte unterhält, ist dies auch für die Stadtverwaltung nicht anzuraten.
27. **Kontrahierungszwang aufheben.** Städtische Einrichtungen sind durch den sog. Kontrahierungszwang verpflichtet, Leistungen von städtischen Unternehmen einzukaufen, auch wenn es bessere und günstigere Angebote am Markt gibt. Das Desaster um den Informatikbetrieb (IBB) der Stadt hat beispielhaft gezeigt, wie dies zu Ineffizienz und Misswirtschaft führt. Wir werden diesen Zwang aufheben.
28. **Keine Verknappung von Bauland durch staatliche Preissetzung.** Die sog. Baulandstrategie der rot-grünen Koalition ist nicht nur ungeeignet, den Wohnungsmangel zu bekämpfen, sondern sie ist durch die Preisreglementierung auch unvereinbar mit der sozialen Marktwirtschaft. Die Stadt hat es nicht geschafft, ausreichend Flächen auszuweisen. Als Konsequenz sich noch zusätzliche Aufgaben aufzuhalsen, ist eher Hybris als schlaue Politik. Wir wollen stattdessen mit einem Maßnahmenpaket „Bielefeld

baut“ die private Bautätigkeit vor allem für den Wohnungs- und Einfamilienhausbau ankurbeln. Dafür sind Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, ungenutzte Flächen in Besitz der Stadt zu veräußern und Baugebiete vorzugsweise mit bestehender Verkehrsanbindung auszuweisen. Junge Familien müssen in Bielefeld genügend Baumöglichkeiten finden. Eine Verstaatlichung der Projektentwicklung lehnen wir ab. (siehe auch Kapitel Stadtentwicklung).

➔ **Partner statt Gegner – Miteinander von Stadt und Wirtschaft**

29. **Eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung schaffen.** Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Wirtschaftsförderung verwaltungsintern eine stärkere koordinierende Funktion z.B. bei ansiedlungsrelevanten Genehmigungsverfahren erhält. Wir dürfen denjenigen, die etwas schaffen wollen, keine Steine in den Weg legen, sondern müssen ihnen den Weg ebnen, um den Wohlstand unserer Stadt zu sichern. Hierfür ist ein Kulturwandel in der Verwaltung notwendig, den wir angehen werden.
30. **Partnerstädte für Wirtschaftskontakte nutzen.** Die Städtepartnerschaften werden derzeit viel zu selten für wirtschaftliche Kontaktpflege genutzt. Dabei bestehen auf diesem Weg grundsätzlich vielfältige Möglichkeiten. Wir wollen ein strategisches Management dieser Partnerschaften aufsetzen. Die Potenziale für wirtschaftliche Impulse sind dabei ein zentraler Bestandteil. Hierzu dienen auch die von uns angestrebten Partnerschaften mit einer taiwanesischen bzw. US-amerikanischen Großstadt.
31. **Sonntagsöffnungen erleichtern und unterstützen.** Die Stadt muss sich als Partner der Werbe- und Handelsgemeinschaften begreifen und nicht primär als Aufsichtsbehörde. Wir wollen lebendige Stadtbezirke und eine starke City. Um gegen den Online-Handel Erlebniskomponenten zu setzen und die Corona-bedingten Verluste zumindest teilweise auszugleichen, sollen die zahlreichen Möglichkeiten, die das neue Ladenschlussgesetz bietet, offensiv genutzt werden.
32. **Innenstadt der Innovationen schaffen.** Die Innenstadt muss sich kontinuierlich weiterentwickeln. Die Stadt muss sich offen gegenüber neuen Projekten aus dem Einzelhandel zeigen, die neue Wege gehen. Die Chance des Einzelhandels in der Innenstadt ist der Erlebnis-Einkauf. Die Stadt muss sich hier offen in den Genehmigungsverfahren zeigen. Für den Einzelhandel bedarf es dabei auch eines Verkehrskonzeptes, das den Bürgern den Zugang zur Innenstadt erleichtert und nicht erschwert.
33. **Stadtfeste unterstützen.** Vor allem die von örtlichen Initiativen und Kaufmannschaften getragenen und organisierten Feste in den Stadtbezirken leiden unter hohen Auflagen und Verpflichtungen. Wir wollen es denen leichter machen, die etwas auf die Beine stellen wollen. Wir wollen, dass die Stadt zu entrichtende Gebühren reduziert, privatem Sponsoring nicht im Wege steht und Stadtfeste im Miteinander organisiert.
34. **Gastronomie unterstützen.** Wir unterstützen die örtliche Gastronomie. Bars, Gaststätten, Cafés und Restaurants gehören zum städtischen Leben und sind ein wichtiger

Wirtschaftsfaktor, den wir auch aufgrund der Beeinträchtigungen durch Corona besonders fördern wollen. Wir wollen weniger Vorschriften und mehr Freiheiten für die Wirtinnen und Wirte, wollen Außengastronomie großzügig ermöglichen und Biergartenzeiten ausweiten.

35. **Wirtschaft besser in der Politik verankern.** Wir wollen durch Erweiterung des bestehenden Digitalausschusses einen „Ausschuss für Wirtschaft, Digitalisierung und Wissenschaftsstadt“ des Rates einrichten, in dem Wirtschafts- und Standortpolitik gemeinsam mit digitalen Themen unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung zur Wissenschaftsstadt stattfindet. Die bisherige Anbindung von Wirtschaftsfragestellungen an den Hauptausschuss hat nicht dazu geführt, dass die Wirtschaftsthemen den Stellenwert erhielten, den sie verdienen. Wir werden zudem eine jährliche Debatte zur Situation der Wirtschaft im Rat beantragen.



Bildung

Riskieren wir, dass unsere

Kinder schlauer werden

als wir selbst!

Bildung – Riskieren wir, dass unsere Kinder schlauer werden als wir selbst.

Die Herausforderung

Die Digitalisierung als große Chance für mehr Bildung zu nutzen und mehr Kindern Raum in Bielefelder Kitas und Schulen zu geben, sind Hauptherausforderungen der Bielefelder Bildungspolitik.

Für Rot-Grün hatte Bildung in den letzten Jahren keine Priorität. In einigen Schulen herrscht bereits Raumnot, steigende Schülerzahlen sind prognostiziert, Ausbauplanungen sind zu zaghaft und zu spät angegangen worden. Zudem ist kein zusätzliches Geld in den Haushalten eingeplant worden, so dass die Mittel nun fehlen. Bei der digitalen Bildung hat Bielefeld den Anschluss komplett verpasst. Die Corona-Krise hat gezeigt, wie unzureichend unsere Schulen auf digitale Unterrichtsformen vorbereitet sind. Die räumliche und sächliche Ausstattung von Schulen ist eine aber der wichtigsten städtischen Verantwortungen. Engagierte Lehrerinnen und Lehrer gleichen die Defizite so gut es geht aus, sind kreativ und einsatzbereit. Sie brauchen endlich eine Bildungspolitik, die genauso innovativ und ehrgeizig ist.

Unser Kompass

Beste Bildung macht den Menschen unabhängig, beste Ausbildung macht ihn selbstständig. Sie ist die entscheidende Chance für jeden Einzelnen und für unsere gemeinsame Zukunft in Freiheit und Wohlstand. Dafür brauchen wir Kitas, Schulen und Berufsschulen in bestem Zustand – zahlreich, für alle zugänglich und modern ausgestattet. Wir kämpfen für Chancengerechtigkeit und brennen deshalb für das Thema Bildung. Die Rechnung für ein unterfinanziertes Bildungssystem zahlen vor allem die Kinder aus sozial schlechtergestellten Familien.

Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, aber auch der wirtschaftlichen Vernunft, jedem Kind einen Bildungsabschluss zu ermöglichen, der ihren bzw. seinen Begabungen und Leistungen entspricht. Zur Lösung der Aufgaben, die die Zukunft für Bielefeld bereithält, ist Bildung die unverzichtbare Grundlage. Investitionen, die die Wirtschaft ankurbeln sollen, sind hier am besten aufgehoben. Teurer als Bildung ist vor allem keine Bildung, daher werden wir auch bei knappen Haushalten mehr für Kitas und Schulen ausgeben.

Wir werden in die Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien investieren. Der beste Impuls zur Belebung der Wirtschaft sind Investitionen, die sich auch langfristig auszahlen. Bildungsausgaben haben daher Vorfahrt. Bielefeld muss für die Schul- und Kitagebäude und ihre Ausstattung wieder mehr Verantwortung übernehmen.

Kitas und andere vorschulische Einrichtungen sind für uns nicht nur Kinderbetreuung, sondern gehören zu den Bildungseinrichtungen. Wir wollen in die Steigerung der Qualität investieren und wollen das Leben mit Kindern einfacher machen. Um Beruf und Familie in Einklang zu bringen, braucht es z.B. flexiblere Öffnungszeiten und niedrige Elternbeiträge.

Wir haben den Anspruch, dass Deutschlands beste Schulen in Bielefeld arbeiten. Wenn eine Stadt hier mit unterem Mittelmaß zufrieden ist, wird sie langfristig auch bei Wohlstand, Sozialleistungen und anderem nur unteres Mittelmaß sein. Die Digitalisierung und Sanierung unserer Schulen wird das Mondfahrtprojekt des nächsten Stadtrates sein. Keine Partei ist so entschlossen wie wir, diese notwendigen Verbesserungen durchzusetzen.

Wir wollen eine Schulpolitik für alle Schulen und nicht nur für ausgewählte Lieblingsschulen des Dezernenten. Bei der Schulwahl wollen wir Eltern die freie Entscheidung ermöglichen. Es ist nicht die Aufgabe der Politik, Eltern und deren Kinder durch Lenkung, Angebotsverknappung u.Ä. zu ihrem vermeintlichen Glück zu zwingen. Vielmehr will die FDP allen Schulen, gleich welcher Schulform, einen optimalen Rahmen bieten, innerhalb dessen sie sich in einem fairen und kooperativen Wettbewerb um die besten Konzepte entwickeln können. Für uns ist entscheidend, dass sich die Qualität des Unterrichts und das Lernklima der Schule kontinuierlich verbessern können. Lehrerinnen und Lehrer sollen in guter Lernatmosphäre und mit moderner Ausstattung unterrichten können.

Die Talente von Kindern mit praktischen Begabungen werden in unserem Bildungssystem zu wenig gefördert. Das Idealbild einer akademischen Ausbildung wird nicht allen Kindern gerecht. Handwerker und Facharbeiter werden schon heute dringend gesucht und zugleich fördern wir diejenigen nicht optimal, die entsprechende Begabungen mitbringen. Hier in der Schule und beim Übergang in den Beruf zu unterstützen, ist eine wichtige Richtschnur unserer Bildungspolitik.

Unsere Maßnahmen – Was zu tun ist:

➔ Digitalisierung der Bielefelder Bildung – unser Mondfahrtprojekt

36. **Bielefelder Schulen digitalisieren.** Wir wollen, dass unsere Schülerinnen und Schüler lernen, sich sicher und kompetent in der digitalisierten Welt zu bewegen. Dies ist nur möglich, wenn auch in Schulen mit digitalen Endgeräten professionell gearbeitet wird. Die Ausstattung unserer Schulen müssen wir dafür ins 21. Jahrhundert bringen. Wir werden alle Schülerinnen und Schüler mit dem Eintritt in die weiterführende Schule mit einem digitalen Endgerät ausstatten, das den Anforderungen der Schule entspricht. Mit den Mitteln aus dem Digitalpakt werden wir unsere Schulen flächendeckend mit digitalen Weißwandtafeln (Whiteboards) ausrüsten. Wir wollen zudem insbesondere die Lehr- und Lernmittelausstattung in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik auf einen modernen Stand bringen und uns dabei aktiv um private Sponsoren bemühen. Bring-your-own-device Konzepte sind geeignet einzubinden.
37. **Homeschooling ermöglichen.** Die Corona-Krise hat gezeigt, wie weit unsere städtischen Schulen bei der Digitalisierung hinten dran sind. Gnadenlos wurde in der Zeit der Kontaktbeschränkung offenbar, dass Schulen, Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler völlig unvorbereitet auf Fernunterricht sind. Wir werden eine Infrastruktur bereitstellen, mit denen Lehrerinnen und Lehrer u.a. Aufgaben und Lösungen verwalten oder per Videokonferenz unterrichten können und das flächendeckend für alle

Bielefelder Schulen ausrollen. Dabei muss die Stadt Ausstattung ergänzen, wenn diese in den Familien nicht vorhanden ist.

38. **Digitalpakt koordiniert einsetzen, Medienberatung ausbauen.** Bei der Umsetzung des Digitalpaktes brauchen die Schulen eine stärkere Unterstützung durch die Stadt. Die Medienberatung, die Schulen beim Einsatz digitaler Medien berät, ist dringend auszubauen und besser auszustatten.
39. **Alle Schulen ans Netz ihrer Wahl anschließen.** Alle Schulen sollen ans Glasfasernetz angeschlossen werden und die Freiheit erhalten, sich den Anbieter selbst auszusuchen. Einen Zwangsanschluss bei der Stadtwerktochter BiTel lehnen wir ab, denn es muss möglich sein, dass Schulleitungen den Anbieter wechseln können, wenn z.B. der Service nicht zufriedenstellend ist.
40. **WLAN an allen Schulen einrichten.** Während in allen Verwaltungsgebäuden WLAN verfügbar ist, ist diese Normalität für viele Schulen im Jahr 2020 noch ein Wunschtraum. Wir werden an allen Schulen ein WLAN-Netz initialisieren. Nutzungsordnungen für den Gebrauch digitaler Geräte beschließen die Schulkonferenzen.
41. **IT-Service für Schulen professionalisieren.** Wir wollen ein Konzept für digitale Hausmeister entwickeln und anwenden. Service und Administration von Rechnern wird immer anspruchsvoller und kann nicht alleine durch IT-affine Lehrerinnen und Lehrer geleistet werden, die in ihrer Arbeitszeit unterrichten sollen. Auch bei Service und Administration sollen die Schulen frei sein, externe Unternehmen beauftragen zu können, wenn diese bestimmte Qualitätsstandards erfüllen. Eine Kostenbeteiligung durch das Land NRW muss dabei geprüft werden.
42. **Medienkompetenz schon in der Kita stärken.** Der verantwortungsvolle Umgang mit digitalen Medien sollte bereits in der Kita vermittelt werden. Wir wollen dazu ein Pilotprojekt in einer Bielefelder Kita anregen, der insbesondere die Eltern integriert und sie für einen altersgemäßen Gebrauch digitaler Medien sensibilisiert.

➔ **Pflichtaufgabe wahrnehmen, in Ausstattung investieren**

43. **250 Mio. € in unsere Schulen investieren.** Die räumliche Ausstattung ist Hauptverantwortlichkeit der kommunalen Schulpolitik. Enge und verkommene Gebäude bieten schlechte Lernbedingungen und wirken sich nachteilig auf den Schulerfolg aus. Daher müssen wir die Raumnot an unseren Schulen beenden. Bielefeld braucht ein neues Schulbau- und Schulsanierungsprogramm. Wir wollen ein 250 Mio. Euro Ausbau- und Modernisierungsprogramm für die nächsten 5 Jahre durchsetzen. Die Mittel aus dem Programm Gute Schule 2020 sind als ein Finanzierungsbaustein für dieses Programm zu verwenden. Investitionen in Bildung sind der beste sofortige Stimulus für Handwerk und unsere Wirtschaft und stärken unseren Standort langfristig.
44. **Schulen neu bauen und erweitern** Bestandteil dieses Programms ist der Wir wollen den Bau von drei neuen Grundschulen, eines neuen Gymnasiums und einer neue Realschule beschließen. Wir wollen nicht nur auf steigende Schülerzahlen reagieren,

sondern die bereits jetzt bestehende Raumnot an vielen Schulen angehen. Dazu gehören Ausbauten an Grundschulen und Realschulen, auch um den Elternwillen nicht durch verengte Kapazitäten und Schuleinzugsbereiche auszuhebeln.

45. **Politik für alle Schulformen machen.** Wir werden die ideologischen Auseinandersetzungen über die vermeintlich „richtige“ Schulform beenden. Die Umwandlung von Schulformen bringt Unruhe in unsere Schullandschaft, ohne Verbesserungen zu erzielen. Daher wird es mit der FDP keine Schließung von Realschulen geben, um diese zu Sekundarschulen umzuwandeln. Hierdurch konzentrieren wir die Ressourcen des Systems auf die Verbesserung der Unterrichtsqualität. Die langjährige systematische Benachteiligung von Realschulen und Gymnasien bei den Gebäude- und Ausstattungsinvestitionen werden wir durch eine Politik für alle Schulen ablösen.
46. **Förderschulen erhalten und stärken.** Als eine ihrer ersten Maßnahmen hat NRW-Schulministerin Gebauer von der Schließung bedrohte Förderschulen erhalten. Wir wollen gemeinsam mit den Nachbarkreisen eine zukunftsorientierte Entwicklungsplanung für Förderschulen erstellen. Die Wahlfreiheit für die Eltern zwischen Inklusion in einer Regelschule oder Besuch einer Förderschule in zumutbarer Entfernung muss erhalten bleiben.
47. **Keine Inklusion auf dem Flur - Endlich gute Rahmenbedingungen für Kinder mit Förderbedarf schaffen.** Die Inklusion von Kindern mit besonderem Förderbedarf in den Regelschulen muss besser umgesetzt werden. Die durch Landesregierung und FDP-Schulministerin vorgenommene Konzentration auf Schwerpunktschulen ist ein richtiger Schritt und verbessert die Rahmenbedingungen. Wir werden zum besseren Gelingen der Inklusion an Regelschulen vor allem die Ausstattung von Schulen mit Differenzierungsräumen verbessern und behindertengerechte Toilette an jeder Schule einrichten.
48. **Schluss machen mit Wanderklassen.** In vielen Schulen haben Klassen keinen eigenen Raum. Mit der FDP wird es 2025 keine solche Wanderklasse mehr geben. Jeder Klasse einen eigenen Raum.
49. **Modernisierung von Fachräumen starten.** Wir brauchen nicht nur mehr Räume, die Räume müssen auch für den Unterricht geeignet sein. Vor allem naturwissenschaftliche Fachräume müssen in Bielefeld modernisiert werden. Wir werden hierfür eine bislang gar nicht vorhandene Statusübersicht anlegen und darauf basierend ein gesondertes Programm auflegen, mit dem Biologie-, Physik-, Informatik- und Chemieräume auf einen aktuellen Stand gebracht werden.
50. **Arbeitsräume für Lehrerinnen und Lehrer schaffen.** Unsere Schulen brauchen nicht nur gut ausgestattete Unterrichtsräume. Lehrerinnen und Lehrer brauchen gerade bei zunehmendem Ganztagsbetrieb auch ordentliche Arbeitsräume. Das werden wir beim Schulaus- und -neubau mitplanen.
51. **Dezentrale Schulbudgets erhöhen – direkte Verbesserungen in den Schulen.** Musikinstrumente, Fachraumausstattungen, Möbel, aber auch Seife, Toilettenpapier und

Handdesinfektionsmittel – all das bezahlen Schulen aus den Sachleistungsbudgets, die über den städtischen Haushalt finanziert werden und über deren Verwendung die Schulkonferenzen entscheiden. Wir wollen diese Mittel deutlich erhöhen, damit gerade die Schulen ohne finanzkräftige Fördervereine mehr Spielraum bekommen. Durch die direkte Nähe an der Schule sind diese Mittel besonders geeignet, die Bildungssituation vor Ort zu verbessern.

52. **Martin-Niemöller-Gesamtschule sanieren, ungenügenden Neubau stoppen.** Angesichts der für ganz Bielefeld benötigten Kapazitäten ist ein Neubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule, der die Schulkapazität verkleinert, nicht akzeptabel. Wir wollen mit der Schulleitung einen Neustart an der Gesamtschule Schildesche unterstützen und eine Sanierung im Bestand in Kooperation mit dem Architekten der Schule entwickeln. Den kompletten Abriss einer erst 50 Jahre alten Schule und ein Neubau auf zwei durch eine Straße getrennten Grundstücken lehnen wir ab. Wir wollen daher aus dem Neubauvorhaben aussteigen.
53. **Eine Schule – ein Standort.** Einige weiterführende Schulen im Stadtgebiet haben Gebäude z.B. auslaufender Hauptschulen zur Nutzung zugewiesen bekommen. Liegen die Gebäude in unmittelbarer Nachbarschaft ist dies vertretbar. Größere Entfernungen aber nehmen Lehrerinnen und Lehrern Zeit für pädagogische Arbeit und verkomplizieren das Schulleben stark. Wir wollen daher etwa die Realschule Brackwede oder das Gymnasium Heepen an einem Standort entwickeln.
54. **Talentschulen nachhaltig stützen.** Gleich drei Schulen in Bielefeld sind durch die Landesregierung als Talentschulen ausgewählt worden und erhalten nun zusätzliche Personalressourcen. Die Realschule Brackwede, die Gesamtschule Rosenhöhe und das Carl-Severing-Berufskolleg für Wirtschaft und Verwaltung profitieren so von mehr Lehrkräften und höheren Fortbildungsbudgets. Damit werden gezielt Investitionen in Schulen getätigt, die in einem Umfeld mit großen sozialen Herausforderungen liegen. Wir werden sicherstellen, dass die Stadt Bielefeld den im Bewerbungsverfahren abgegebenen Zusagen an eine bessere Gebäudeausstattung nun auch nachkommt.

→ **Bildungsinhalte fördern**

55. **Sprache als Schlüssel - Alles tun, um Deutschkenntnisse zur Einschulung sicherzustellen.** Die passgenaue Förderung der individuellen Fähigkeiten jedes einzelnen Kindes ist unser Ziel. Dabei ist das Beherrschen der deutschen Sprache in Wort und Schrift Schlüsselqualifikation für das weitere Lernen und damit Grundstein unseres Bildungskonzepts. Sprachförderangebote werden wir daher deutlich ausbauen und systematische Erfolgskontrollen durchführen.
56. **Jedes Kind soll schwimmen lernen.** Immer weniger Kinder in Bielefeld lernen schwimmen. Schwimmen zu können, ist nicht nur zur Unfallvermeidung wichtig und hilft der Gesunderhaltung, sondern ist zunehmend eine soziale Frage. Wir werden durchsetzen, dass unabhängig vom Elternhaus jedes Kind schwimmen lernt und das Bronzeabzeichen erreichen kann. (siehe Kapitel Sport).

57. **Bilinguale Angebote ausbauen.** Während die deutsche Sprache die Basis für den Wissenserwerb ist, ist die Beherrschung von Fremdsprachen bzw. nicht-deutscher Muttersprachen eine zunehmend wichtige Schlüsselkompetenz. Wir wollen daher, dass in Bielefeld verstärkt internationale Schulangebote, z.B. bilinguale Grundschulen, entstehen.
58. **Mehr muttersprachlichen Ergänzungsunterricht einrichten.** Auch Sprachen wie z.B. Russisch und Türkisch werden wir in Schule und Kindergarten fördern, so dass mehrsprachige Kinder in ihren nicht-deutschen Muttersprachen auch lesen und schreiben können. Wir werden den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht stärken und das Angebot stärker und gezielter kommunizieren.
59. **Eine Internationale Schule in Bielefeld ansiedeln.** Wir werden intensiv um die Ansiedlung einer internationalen Schule in Bielefeld werben. Der Erwerb eines internationalen Abschlusses z.B. eines International Baccalaureate Diploma (IB-Diplom) soll dort möglich sein. Eine solche Schule ergänzt das Angebot auch für Kinder von Expats, die in Unternehmen in Bielefeld und OWL arbeiten und kann ein wichtiges Argument zur Gewinnung ausländischer Fach- und Führungskräfte werden. Ein großzügiges Stipendienprogramm soll eine solche Errichtung begleiten.
60. **Bindung zwischen Schulen und lokaler Wirtschaft stärken.** Wir setzen uns für einen vermehrte Kooperation zwischen den Bielefelder Schulen und unserer ortsansässigen Wirtschaft ein. Hier sehen wir ein win-win-Prinzip: Schülerinnen und Schüler profitieren von den Erfahrungen, die während einer Kooperation (bspw. Praktika) gewonnen werden und die Unternehmen kommen mit potenziellem Nachwuchs in Kontakt. Hier erscheint eine Einbindung in das Schulfach Wirtschaft sinnvoll.
61. **Hochbegabung besser erkennen und fördern.** Wir werden die Begabten- und Hochbegabtenförderung auf eine neue Grundlage stellen. Die spezielle Förderung von begabten bzw. hochbegabten Kindern und Jugendlichen darf nicht weiter sporadisch betrieben werden und dem Zufall überlassen bleiben. Bereits im Kindergarten gilt es, außergewöhnliche Begabungen von Kindern frühzeitig zu erkennen. Gerade Kinder aus bildungsfernen Haushalten oder mit nicht-deutscher Muttersprache brauchen eine frühzeitige Identifikation der Hochbegabung. Wir werden hochbegabten Schülerinnen und Schülern ein umfangreiches Angebot der Förderung wohnortnah bei den Grundschulen und an den weiterführenden Schulen innerhalb Bielefelds zur Verfügung stellen.
62. **Schulkarrieren ohne Abschluss verhindern.** Es gibt Schülerinnen und Schüler, die trotz umfangreicher Förderung zum Ende ihrer Schullaufbahn große Schwierigkeiten haben, den Weg ins Berufsleben zu finden. Zu viele Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule ohne Abschluss. Es gibt viele Angebote für diese Jugendlichen, u.a. vom Land NRW. Wir wollen mit einer Initiative alle Akteure in diesem Bereich an einen Tisch bringen, um gemeinsam Verbesserungsmöglichkeiten zu identifizieren. Der Einsatz an dieser Stelle lohnt besonders, da viele Karrieren durch den richtigen oder falschen Einstieg bestimmt werden.

63. **Technisch-praktische Begabungen besser fördern.** Wir wollen einen Bielefelder Stärkungspakt für Realschulen und Gesamtschulen entwickeln und umsetzen. Mit Schulen, Eltern, Gewerkschaften, Wirtschaft, berufsbildenden Schulen und Verwaltung wollen wir Realschulen und Gesamtschulen vor allem in ihrer Arbeit mit Kindern unterstützen, die praktisch-handwerkliche Begabungen mitbringen. Die Schaffung von Ganztagsangeboten an Realschulen wollen wir mit Priorität fördern. Kooperationen von Unternehmen und Schulen können dazu beitragen, z.B. durch praxisnahe Inhalte und Praktika sowie einen leichteren Übergang von Schule zum Beruf.
64. **Duale Ausbildung stärken.** Die Berufsschulen und damit die duale Ausbildung wollen wir als alternativen Karriereweg zum Abitur stärken. Die zahlreichen Optionen und Bildungswege, die die berufsbezogene Schulausbildung bieten, sollen besser kommuniziert und unterstützt werden.
65. **Kulturelle Bildung fördern.** Neben einem wohlklingenden Konzept ist zur Stärkung der kulturellen Bildung zu wenig von der Stadt unternommen worden. Wir werden die Kooperationsprojekte von Schulen und Kindertagesstätten mit der Musik- und Kunstschule, den städtischen Bühnen, der Kunsthalle und städtischen Museen weiterentwickeln. (siehe auch Kapitel Kultur)
66. **Qualität im offenen Ganztag erhöhen.** Der Offene Ganztag in der Grundschule (OGS) wird zunehmend zur Regel. Umso wichtiger ist eine Steigerung der Qualität seiner Bildungsangebote. Dies können wir erreichen, wenn die Schulen sich noch stärker als bisher mit den örtlichen Vereinen vernetzen und bürgerschaftliches Engagement, etwa von Senioren, unbürokratisch in das OGS-Leben integrieren.
67. **Spitzenleistungen wertschätzen.** Wir werden Höchstleistungen in Schule und Ausbildung wie erfolgreiche Teilnahmen an Jugend forscht, Mathematikolympiaden, Jugend musiziert, Lehrlingswettbewerbe u.Ä. durch die Stadt herausheben. Hierfür soll es jährlich eine Auszeichnung durch den Oberbürgermeister geben.

→ **Schule stärkt Gesellschaft, Gesellschaft stärkt Schule**

68. **Mitbestimmung von Eltern in der OGS schaffen.** Während die Mitbestimmung von Eltern in Schulangelegenheiten gesetzlich fixiert ist, findet eine Mitbestimmung bei Inhalt, Organisation, Durchführung der offenen Ganztagschule so gut wie nicht statt. Wir wollen in den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit den Trägern der OGS Regelungen zur Mitbestimmung schreiben, die den Regelungen im Schulbereich entsprechen. Die Vertretung der Eltern an Bielefelder Schulen, der Stadtelternrat, soll in die Verhandlungen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen zwischen Stadt und Trägern eingebunden werden und an regelmäßigen Treffen zwischen Stadt und Trägern der OGS teilnehmen.
69. **Schulleitungen und Eltern anhören.** Wir wollen, dass zu Entscheidungen im Schulausschuss, die einzelne Schulen betreffen, die jeweilige Schulleitung und Elternvertreter im Ausschuss immer Stellung nehmen können. So werden Entscheidungen an der Problemlage vorbei und über die Köpfe der Betroffenen hinweg verhindert.

70. **Auch Lehrerinnen und Lehrer im Schulausschuss beteiligen.** Je ein/e Vertreter/in von Eltern sowie Schülerinnen und Schülern nimmt an den Sitzungen des Schulausschusses mit beratender Stimme teil. Wir wollen auch eine Vertretung der Lehrerinnen und Lehrer beteiligen. Diese müsste durch Pädagoginnen und Pädagogen aller Bielefelder Schulen gemeinsam gewählt werden und allen Schulformen und Kolleginnen und Kollegen gegenüber verantwortlich sein.
71. **Schulhöfe als öffentliche Plätze erhalten.** Schulhöfe sind öffentliche Flächen und sollen grundsätzlich tagsüber als Spiel- und Naherholungsfläche zugänglich sein, auch am Wochenende und in den Ferien. Wir setzen auf die Verhinderung von Vandalismus durch eine stärkere Präsenz des Ordnungsamtes (s. Kapitel Sicherheit). Bestehende Einzäunungen sind jährlich zu überprüfen. Eine Videoüberwachung von Schulhöfen ist nur in Ausnahmefällen und nur nach Beschluss in Schulkonferenz, Bezirksvertretung und Rat zulässig.
72. **Fördervereine als Partner unterstützen.** Schul- und Fördervereine leisten einen wichtigen Beitrag zu spezifischen Ausstattungen in Schulen und Kitas. Ihr Engagement verdient Anerkennung und Unterstützung durch die Stadtverwaltung. Dass z.B. bei Schulhofrenovierungen teure Anschaffungen der Vereine aufgrund von Umbaukosten nicht übernommen und entfernt werden, wird es mit uns nicht geben. Nicht alle Schulen haben gleich aktive Fördervereine, daher dürfen diese nicht zur Herstellung einer Basisausstattung herangezogen werden.

➔ **Die Kleinsten fördern – frühkindliche Bildung voranbringen**

73. **Qualität in den Kitas erhöhen.** Wir wollen mit Elternzufriedenheitsbefragungen, Benchmarks und Best-Practice Veranstaltungen die Betreuungs- und insbesondere die Bildungsqualität in allen Kindertageseinrichtungen gezielt erhöhen. Die freien Träger sollen verstärkt an qualitativen Zielen der Betreuung gemessen werden.
74. **Öffnungszeiten weiter flexibilisieren.** Wir wollen Elternschaft und Beruf durch umfassende Betreuungsangebote ermöglichen und einfacher gestalten. Nicht alle Eltern haben klassische Arbeitszeiten. Die Öffnungszeiten der Kitas sind daher zu flexibilisieren. Auch in den Schulferien sollen die Öffnungszeiten von Kitas ausgeweitet werden.
75. **Trägervielfalt sicherstellen.** Wir sind ein Garant für Träger- und Angebotsvielfalt bei Kitas in Bielefeld, damit Eltern das Angebot auswählen können, das für ihr Kind das Beste ist. Bei der Schaffung neuer Angebote haben für uns Elterninitiativen und danach andere freie Träger Vorrang vor städtischen Angeboten. Dies entspricht einerseits unserem Ziel der Angebotsvielfalt und andererseits unserer Vorstellung einer Bürgergesellschaft, in der die Bürgerinnen und Bürger durch ihr Engagement entscheiden.
76. **Elternbeiträge senken und gerechter gestalten.** Die NRW-Landesregierung hat ein zweites beitragsfreies Kita-Jahr ermöglicht. Wir werden die Beiträge in den anderen Jahren senken. Die starren Beitragsstufen wollen wir flexibilisieren, damit niemand mehr bei kleinen Einkommenszuwächsen in höhere Beitragsstufen springt und mehr

als den Einkommenszuwachs an Beiträgen bezahlen muss. Langfristig kann sich eine wirtschaftlich wachsende Stadt eine Abschaffung der Beiträge leisten, dies ist unser Ziel für Bielefeld.

77. **Tagesmütter und -väter stärken.** Die Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege bei Tagesmüttern und -vätern ist gleichwertig. Wir wollen, dass das Jugendamt partnerschaftlicher mit Tagesmüttern und -vätern zusammenarbeitet, ihren Beitrag zur Kinderbetreuung stärker anerkennt und Ungleichbehandlungen abbaut.

78. **Betriebskindergärten fördern.** Wir fördern die Gründung von Betriebskindergärten. Sie bieten häufig eine besonders hohe Bildungsqualität und flexible Öffnungszeiten. Für Unternehmen sind sie ein Vorteil im Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte und sie helfen der Kommune, schneller für jedes Kind einen Platz zu schaffen.

→ Was uns noch bei der Bildung wichtig ist

79. **Bessere Mittagsverpflegung in Kita und Ganztags organisieren.** Gerade in Kitas und Grundschulen nehmen viele Kinder das Angebot einer Mittagsverpflegung wahr. Dieses Essen soll gesund, ausgewogen und frisch sein. Die Schulverwaltung muss hierzu klare Anforderungen an die Lieferanten/Hersteller aber auch an die Gebäudeausstattung festlegen. Auf der Basis dieser objektiven Anforderungen wollen wir Mensen und Schulküchen modernisieren und vergrößern.

80. **Weltanschauliche Neutralität bei OGS und Kitas festschreiben.** Betraut die Stadt freie Träger mit dem Betrieb von Einrichtungen wie Kitas oder OGS, müssen diese weltanschaulich neutral agieren. Die Vermittlung spezifisch religiöser oder politischer Inhalte im Interesse des jeweiligen Trägers soll zukünftig in den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen klar ausgeschlossen werden.

81. **Elternarbeit in Kindertagesstätten und Schulen stärken.** Dem Jugendamtselternbeirat, dem Stadtelternrat und der Bezirksschülerversammlung sind angemessene Räumlichkeiten und Sachmittel im Rathaus bereit zu stellen. Die derzeitige Ausstattung ist zu verbessern. Das Schulamt soll sich gemeinsam mit der unteren Schulaufsicht den Elternvertretern zu Beginn eines Schuljahres in einer zentralen Veranstaltung vorstellen. Analog gilt dies für das Amt für Jugend und Familie und die Elternvertretungen an den Kindertagesstätten.

82. **Sicherer Schulweg.** Verschiedene Initiativen wurden in den letzten Jahren zur Erhöhung der Schulwegsicherheit von der Verwaltung gestartet, keine hat sich als besonders nachhaltig erwiesen. Wir wollen hier einen stabilen Prozess aufsetzen, der insbesondere die Vorschläge von Schulen, Eltern und Bezirksvertretungen aufgreift. Die zuletzt gestarteten Versuche an einigen Grundschulen im Rahmen des INSEK-Programms unterstützen wir.

Stadtentwicklung, Wohnen, Mobilität und Umwelt

Die wachsende Stadt gestalten



Stadtentwicklung, Wohnen, Mobilität und Umwelt – Die wachsende Stadt gestalten

Die Herausforderung

Bielefeld ist eine wachsende, pulsierende Groß- und Universitätsstadt. Sie ist das wirtschaftliche und kulturelle Oberzentrum in Ostwestfalen. Die zukünftige medizinische Fakultät ist eine große Chance für Bielefeld und seine Menschen. Die kreisfreie Stadt Bielefeld ist geprägt durch Großflächigkeit mit einem verhältnismäßig kleinen Zentrum und einer weitläufigen Peripherie. Die städtische Infrastruktur ist hieran auszurichten. Die Stadt muss unterschiedlichsten Nutzer- und Einwohnergruppen gerecht werden. Die bauliche Gestaltung entscheidet dabei wesentlich über die Attraktivität und ist eine Voraussetzung, um mit anderen Städten im Wettbewerb zu bestehen. Bielefeld profitiert insbesondere von der herrlichen Lage am Teutoburger Wald. Diesen gilt es zu schützen und zu nutzen. Flächen, die für Baugebiete und Infrastruktur noch zur Verfügung stehen, sind begrenzt. Die Vielfalt der Lebenssituationen bedeutet auch eine Vielfalt der allgemeinen und individuellen Mobilitätsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der heimischen Wirtschaft und der über 120.000 täglichen Ein- und Auspendler.

Unser Kompass

Wir wollen Menschen Raum für ihre Ideen geben, damit sie diese im Interesse der gesamten Stadt verwirklichen können. Wir wollen nicht für den Einzelnen planen, wie er zu wohnen oder sich fortzubewegen hat, sondern Rahmenbedingungen schaffen, die es für jede Bielefelderin und jeden Bielefelder einfacher machen, ihren jeweiligen Lebensentwurf in unserer Stadt umzusetzen.

Wir glauben an die Fähigkeit des Menschen, die Zukunft durch Kreativität und fairen Wettbewerb von Ideen positiv zu gestalten und setzen auf die Entwicklung und Optimierung moderner Technologien für den ressourcenschonenden Umgang mit der Umwelt. Wir wollen erfinden statt verhindern und sind daher zukunftsbejahend und nicht zukunfts skeptisch.

Wir möchten eine ideologiefreie, moderne Verkehrspolitik und wollen optimale Bedingungen für alle Verkehrsteilnehmer in einem fairen Miteinander schaffen. Wir wollen Mobilität verbessern und es Menschen leichter und nicht schwerer machen, sich in der Stadt zu bewegen. Planwirtschaftliche Vorgaben zu Anteilen von Verkehrsträgern (Modal Split) können für Liberale niemals politische Richtschnur sein. Die Menschen sollen die Verkehrsträger wählen, die für den gerade anstehenden Zweck am dienlichsten sind und diese auch gut miteinander kombinieren können. Dabei wollen wir die Chancen der Digitalisierung beim privaten und öffentlichen Straßenverkehr im Sinne eines Smart-City-Konzeptes nutzen.

Wir brauchen langfristige Perspektiven bei der Stadtgestaltung und mehr innovative Architektur durch Wettbewerbe.

Unsere Maßnahmen – Was zu tun ist:

→ Wachstumsgerechte Stadtentwicklung

83. **Wohnungsnot bekämpfen - Mehr Raum fürs Wohnen schaffen.** Wir wollen mit neuen Wohnbauflächen auf steigende Einwohnerzahlen reagieren und Mietsteigerung durch Angebotserhöhung verhindern. Die Entwicklung neuer Wohnbauflächen in Bielefeld ist in ein Gesamtkonzept einzufügen. Wohnraum muss für alle Bevölkerungsgruppen verfügbar und bezahlbar sein. Neue Wohnquartiere erfordern auch die Schaffung der entsprechenden Infrastruktur (Verkehrsanbindung, Kindertagesstätten, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten, digitale Anbindung, Freizeit und Sport). Steigende Baulandpreise sind das Ergebnis von zu wenig Angebot. Der von Rot-Grün beabsichtigte Zugriff der Stadt auf jede Entwicklung von Wohnflächen (sog. „Baulandstrategie“) hebt Marktmechanismen aus und wird zu jahrelangem Stillstand und weiterer Verknappung führen. Als eine der ersten Maßnahmen werden wir im Rat diese „Strategie“ beenden.
84. **Neues Stadtviertel gründen.** Wir wollen eine großflächige Entwicklung des Quartiers am Uni-Campus im Rahmen einer langfristigen Stadtplanung voranbringen. Hier soll Raum für 5.000-10.000 Einwohner, Hochschuleinrichtungen, hochschulbezogenes Gewerbe, universitäre Ausgründungen, Kultur- und Versorgungseinrichtungen, soziale Infrastruktur und Grünflächen mit guter ÖPNV-Anbindung entstehen. Durch diesen neuen, innovativ geplanten Stadtteil mit ökologischem Vorbildcharakter schaffen wir den benötigten Wohnraum und gleichzeitig die zugehörige soziale Infrastruktur für das wachsende Bielefeld. Hier legen wir den Grundstein für zukünftige Wohlstandsquellen unserer Stadt und versöhnen Ökonomie und fortschrittsorientierte Ökologie.
85. **1.000 zusätzliche Ein- und Zweifamilienhäuser.** Für uns ist das Streben nach Wohneigentum nicht aus der Zeit gefallen oder ökologisch unverantwortlich, sondern gelebtes Aufstiegsversprechen, Verwurzelung mit unserer Stadt, Vermögensbildung und Garant einer sozial ausbalancierten Stadtgesellschaft. Es darf nicht sein, dass Menschen aus der arbeitenden Mitte, die sich etwas aufbauen wollen, ins Umland verdrängt werden, von wo aus sie dann bei schlechtem Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) weite Strecken zur Arbeit zurücklegen müssen. Wir werden daher zusätzlich zu den bisherigen Planungen in den äußeren Stadtbezirken Flächen zum Bau von mindestens 1.000 weiteren Ein- und Zweifamilienhäusern bis 2025 ausweisen. Die Beibehaltung der 25% Regelung für geförderten Wohnungsbau gewährleistet dabei eine soziale Durchmischung. Es muss auch in Bielefeld für Normalverdiener möglich sein, Besitzer eines Eigenheims zu werden.
86. **Planungsamt einrichten.** Wir fordern die Einrichtung eines vom Bauamt unabhängigen Planungsamtes. Die Überwachung und Sicherstellung des Bauordnungsrechtes ist von den Fragen und Strategien langfristiger und großflächiger Planung der wachsenden Stadt auch organisatorisch zu trennen. Die großflächige Entwicklung und Planung des Quartiers am Uni-Campus soll eine erste Maßnahme des Planungsamtes sein.

87. **Bewerbung zur Ausrichtung einer Bundesgartenschau in Bielefeld vorbereiten.** Bielefeld soll sich für eine der nächsten Bundesgartenschauen (BUGA) bewerben und dafür Fördermittel einwerben. Es geht uns dabei nicht um Einmaleffekte, sondern eine BUGA soll Handlungsimpuls für eine nachhaltige Stadtentwicklung sein. Zu prüfen wäre eine Integration der Entwicklung eines neuen Stadtviertels in Hochschulnähe.
88. **Konversion intelligent nutzen.** Der Erwerb von Wohnungsbeständen im Rahmen der Konversion durch die Stadt soll nur dann erfolgen, wenn er zeitnah und zu Konditionen erfolgen kann, die sozialen Wohnungsbau ermöglichen. Lange Leerstände dürfen nicht entstehen. Ansonsten ist ein Verkauf der Wohneinheiten etwa an junge Familien zu präferieren. Größere Konversionsflächen wie die Kasernengelände sind auf der Grundlage von städtebaulichen Wettbewerben zu überplanen.
89. **Mehr innovative Architektur.** Bauwerke sind mehr als funktionale Unterbringungen von Menschen zum Wohnen und Arbeiten. Sie gestalten den öffentlichen Raum und definieren das Erscheinungsbild einer Stadt. Architektur bestimmt damit die Qualität einer Stadtentwicklung und ist Ausdrucksform für die Modernität einer Stadt. Wir wollen weg von rein funktionalen Zweckbauten und innovativer, aussagekräftiger Architektur Raum geben. Daher wollen wir deutlich mehr städtebauliche Wettbewerbe ausrichten mit dem Ziel, mutige und über die Stadtgrenzen hinaus beachtete Gestaltungen umzusetzen.
90. **Beirat für Stadtgestaltung reformieren.** Im Beirat für Stadtgestaltung geben Architektinnen und Architekten zu Bauvorhaben Stellungnahmen und Empfehlungen ab. Zu welchen Projekten und zu welchem Zeitpunkt der Beirat einbezogen wird, bestimmt aber derzeit die Politik. Wir wollen, dass der Beirat sich auch selbst eigeninitiativ einschalten kann. Zudem sollen die Empfehlungen und Anmerkungen nach Möglichkeit öffentlich gemacht werden, um die Debatte über Architektur und Gestaltung zu beleben.
91. **Plätze verschönern, Kesselbrink endlich attraktiv machen.** Wir wollen alle wesentlichen Plätze der Innenstadt und in den Stadtbezirken systematisch auf Verbesserungsmöglichkeiten untersuchen. Statt sich von unausgegorenen Umbaumaßnahmen am Jahnplatz mit seiner wichtigen Verkehrsfunktion Aufenthaltsqualität zu erhoffen, wollen wir zuerst den Kesselbrink neu gestalten. Wir wollen ihn durch eine Wohnbebauung an zwei Seiten enger fassen, um ein Platzgefühl herzustellen. Der Platz soll dann mit Skatepark, Gastronomie, Bäumen usw. gestaltet werden. Welche Zukunft der Grüne Würfel dabei hat, werden wir ergebnisoffen bewerten. Eine dauerhafte Nutzung für städtische Belange schließen wir aufgrund der hohen Unterhaltskosten und der für die meisten denkbaren Nutzungsmöglichkeiten ungeeigneten Innenarchitektur aus. Für die Polizeiwache wollen wir nach einem Umzug der Polizei den Aufbau eines Co-Working-Space für Gründungen aus dem Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft prüfen.

→ **Umwelt und Natur effektiv schützen**

92. **Mehr Dächer für Grün und Solar nutzen.** Die Errichtung von insektenfreundlichen Grünflächen z.B. auch auf Haltestellendächern oder städtischen Gebäuden mit Flachdächern trägt zu einer Verbesserung der Lebensqualität bei. Geeignete öffentliche Dachflächen wollen wir für Solaranlagen nutzen. Beide Dachnutzungen wollen wir ausbauen.
93. **Wald erhalten und aufforsten.** Der Erhalt des Waldes sowie von wohnortnahen Naturräumen sind wesentliche Faktoren, damit unsere Stadt weiterhin ein Ort mit hoher Lebens- und Erholungsqualität ist. Bielefeld besitzt große kommunale Waldflächen, aber auch erheblichen Privatwaldbestände. Die Schäden durch den geringen Niederschlag in den letzten Jahren sind immens und stehen im Mittelpunkt der Arbeiten im Wald. Wiederaufforstung und Pflege des Waldes wollen wir am aktuellen Stand der Forstwirtschaftslehre orientieren, mit dem Ziel, Schädlingsbefall zu minimieren und den Baumbestand durch Änderungen am Mix der Baumarten an klimatische Veränderungen anzupassen. Privatwald und städtischer Wald sollen hierbei in guter Kooperation vorgehen. Wir unterstützen die Tätigkeit des Rangers, um Nutzungskonflikte im Wald in einem fairen Miteinander zu regeln.
94. **Wasserflächen schützen, Wasserversorgung sichern.** Wir befürworten die Renaturierung von Wasserläufen und eine verbesserte Pflege von Teichen und Seen. Zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung bei geänderten klimatischen Verhältnissen wollen wir eine umfassende Analyse der Trinkwasserbestände und eine Simulation der Versorgung bei unterschiedlichen Klimaentwicklungen vornehmen. Wasserschutzgebiete werden wir erhalten und schützen.
95. **Keine neuen Windkraftanlagen auf Bielefelder Gebiet.** Wir sehen in Bielefeld keine Möglichkeit, Windkraftanlagen anliegerfreundlich und im Einklang mit dem Naturschutz auf Bielefelder Gebiet zu errichten. Einen Ausbau der Windkraft im Wald z.B. auf dem Kamm des Teutoburger Waldes lehnen wir ebenso ab wie einen erneuten Versuch, Vorrangflächen für Windkraftanlagen in Jöllenbeck oder Heepen auszuweisen.
96. **Gärten als Grün in der Stadt achten und nicht gängeln.** Die Wiedereinführung der aus guten Gründen abgeschafften und im Ergebnis kontraproduktiven Baumschutzsatzung lehnen wir ab. Gartenbesitzer wissen am besten, wie sie mit ihrem Baumbestand umzugehen haben. Die Stadt soll als Partner und Aufklärer bereitstehen, aber nicht als oberster Gestalter privater Gärten. Wir befürworten Anreize für eine umwelt- und insbesondere insektenfreundliche Gartengestaltung, Gestaltungsverbote lehnen wir aber aus Achtung vor dem Privateigentum ab.
97. **Städtische Gebäude energetisch sanieren.** Der städtische Gebäudebestand ist weiter energetisch zu sanieren. Bei Sanierungsmaßnahmen ist eine Gesamtbilanz der Maßnahmen inkl. ökologischer Abrisskosten zu betrachten. Sanierungen können unter diesem Aspekt ökologisch verantwortlicher sein als Abriss und Neubau.

➔ **Mobilität verbessern statt einschränken**

98. **Schulticket weiterentwickeln.** Gemeinsam mit vielen Eltern in unserer Stadt haben wir Druck gemacht, die völlig überteuerte Schülerbeförderung in Bielefeld endlich zu vergünstigen. Ein günstiges Schulticket macht die freie Schulwahl unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, macht Kinder mit dem öffentlichen Nahverkehr vertraut, entlastet Familien und ist der beste Beitrag zur Vermeidung von Schülerbringverkehr („Eltern-Taxi“). Die auf unseren Druck hin eingeführte, jetzt geltende Regelung ist ein Schritt in die richtige Richtung, reicht uns aber nicht aus. Wir wollen den Preis von 29 € auf 19 € pro Monat senken, es für Geschwisterkinder weiter vergünstigen und für die anspruchsberechtigten Kinder eine zuzahlungsfreie Variante als Option bestehen lassen. Das Schulticket muss für alle Bielefelder Schülerinnen und Schüler gelten, auch wenn sie Schulen in Nachbarkreisen oder nicht-städtische Schulen besuchen.
99. **Hauptstraßen für den Radverkehr schaffen.** Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und der individuellen Beweglichkeit wollen wir, sofern es baulich möglich ist, eine Trennung von Rad- und Autoverkehr. Mit einer Parallelität und einem Haupttroutenkonzept können alle Verkehrsteilnehmer optimal den zur Verfügung stehenden Verkehrsraum nutzen. So sollte z.B. die Stapenhorststraße als Vorrangstraße für das Auto und die parallel verlaufende Wertherstraße bzw. Rolandstraße als Vorrangstraße für Fahrräder genutzt werden. So wollen wir ein durchgehendes Netz von Hauptverkehrsstraßen für den Radverkehr ggf. auch als Radschnellwege schaffen und die Hauptverbindungen des Autoverkehrs funktionsfähig halten.
100. **Stückwerk bei Radwegen beenden.** Wir wollen durchgängige und sichere Radfahrstrecken mit vereinheitlichter Verkehrsführung schaffen. Die durch Grünanlagen führenden Radfahrstrecken sollen angemessen beleuchtet und beschildert werden.
101. **Sicheres Abstellen von Fahrrädern ermöglichen, Jahnplatztunnel nicht kaufen.** Wir wollen gesicherte Abstellmöglichkeiten für Fahrräder am Hauptbahnhof als auch an den Endstationen der Stadtbahn und an den Bahnhöfen schaffen. In der gesamten Stadt benötigen wir mehr Fahrradbügel. Wir lehnen auch für die Zukunft eine Nutzung des Jahnplatztunnels als städtisch geführtes Fahrradparkhaus ab.
102. **Radfahrerinnen und Radfahrer besser schützen.** Bei der Neuplanung von Kreuzungen sind die Sicherheitsinteressen von Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrern stärker zu berücksichtigen. Die Anbringung von Spiegeln an Ampelmasten kann ein zusätzlicher Beitrag sein, die Sichtbarkeit des Radverkehrs zu erhöhen. Rechtsabbiegender Busse und LKW sind ein großes Risiko für den geradeaus fahrenden Radverkehr. Im Vorgriff auf eine durch den Bund erlassene Pflicht sollen alle durch die Stadtverwaltung, den Umweltbetrieb und moBiel angeschafften Fahrzeuge über 3,5 t mit elektronischen Abbiegeassistenten ausgestattet sein.
103. **Fahrradmitnahme im ÖPNV.** Um ÖPNV und Radverkehr besser miteinander kombinieren zu können, sollen die Kapazitäten für die Fahrradmitnahme in Bussen und Bahnen ausgebaut werden.

104. **Fahrradleihsysteme fördern, aber nicht monopolisieren.** Bielefeld benötigt dringend ein attraktives Leihfahrradangebot in Zusammenarbeit mit Privatanbietern, sowie eine Fahrrad-App für die City. Die Monopolisierung von Mobilitätsangeboten (E-Roller-Verleih, E-Scooter-Verleih, Fahrradverleih, Parkraumbewirtschaftung, etc.) bei der städtischen moBiel lehnen wir ab.
105. **ÖPNV stärken und ausbauen.** Wir wollen ein Konzept „ÖPNV 2040“ für Bielefeld erstellen. Die 2011 durchgeführte Potenzialanalyse „moBiel2030“, in der 15 unterschiedliche Stadtbahnerweiterungen bewertet wurden, soll in Verantwortung der Stadt aktualisiert werden. Nur durch eine sachverständige Untersuchung möglicher Stadtbahnerweiterungen können verschiedene Ausbauvarianten aussagekräftig analysiert werden. Die Untersuchung soll technologieoffen vorgenommen werden, d.h. nicht ausschließlich auf das derzeitige schienengebundene Stadtbahnsystem beschränkt sein, sondern z.B. auch die Möglichkeiten von On-Demand-Verkehren berücksichtigen.
106. **Stadtbahnlinien weiter entwickeln.** Die Ausbauvorhaben Sennestadt und die Zusammenführung der Linien 3 und 4 sollen weiter geprüft werden. Hierfür sollten alsbald Kostenschätzungen vorgelegt werden. Nur so kann festgestellt werden, ob die beabsichtigten Vorteile noch tatsächlich bestehen. Eine Verlängerung der Stadtbahnlinie 3 von Babenhausen über Theesen bis in das Ortszentrum Jöllenberg soll im Einklang mit dem Konzept „ÖPNV 2040“ in die Prioritätenliste aufgenommen werden.
107. **Bürgerbefragung Linie 5 achten.** Hinsichtlich einer Stadtbahnplanung nach Heepen fühlt sich die FDP an das Ergebnis der Bürgerbefragung von 2014 gebunden. Diese Beschlusslage kann nicht durch den Rat, sondern allenfalls durch eine erneute Bürgerbefragung geändert werden.
108. **Digitalisierung des ÖPNV vorantreiben.** Mit einer umfassenden Digitalisierungsinitiative wollen wir den ÖPNV von moBiel modernisieren. Bessere Fahrgastinformationen, Auslastungsmanagement durch kontinuierliche Messung der Platzbesetzung, digitaler Ticketkauf und darauf abgestimmte Preismodelle, kostenloses WLAN in Bahn, Bus und an Haltepunkten sind nur einige Einsatzbereiche einer konsequenten Digitalisierung im ÖPNV.
109. **Zentrumsnahen Fernbusbahnhof einrichten.** Fernbusse sind ökologisch sinnvoll. Ihre Vorteile steigen bei einer guten Anbindung an die anderen Verkehrsteilnehmerarten ÖPNV und MIV (motorisierter Individualverkehr) deutlich. Die Nähe eines solchen Busbahnhofs zum OWD und zum innerstädtischen Hauptbahnhof wird für eine deutliche Entlastung der Fahrten durch das Stadtgebiet sorgen. Auch für Tagestouristen, die etwa Kulturangebote und Einkaufsmöglichkeiten nutzen wollen, ist ein Bushalt in der Innenstadt ideal. Wir werden daher einen zentrumsnahen Fernbusbahnhof, etwa in der Joseph-Massolle-Straße oder in der Mindener Straße einrichten.

110. **Barrierefreiheit ermöglichen.** Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern die gleichen Chancen zur Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen. Dies gilt auch für Hilfsbedürftige und Menschen mit Behinderung und bedeutet u. a., dass sich diese Menschen uneingeschränkt in der Stadt bewegen können. Wir unterstützen daher Maßnahmen zur Barrierefreiheit, wie z.B. die Hochbahnsteige beim Stadtbahnumbau und -ausbau und setzen uns für eine umfangreiche Beteiligung des Beirats für Behinderte ein.
111. **Kein Rückbau von Hauptverkehrsstraßen des Autoverkehrs.** Den Rückbau von Hauptverkehrsstraßen, mit dem Ziel der Verkehrsminderung des motorisierten Individualverkehrs ohne das Angebot von Alternativen lehnen wir ab. Statt Staus zu erzeugen wollen wir ein bedarfsgerechtes Netz an Hauptverkehrsstraßen erhalten und, wo nötig, ausbauen.
112. **Kein Tempo 30 ohne Grund.** Wir lehnen die flächendeckende Einführung von Tempo 30 im ganzen Stadtgebiet ab. Stattdessen setzen wir auf eine gefahrenbezogene Differenzierung bei Geschwindigkeitsbegrenzungen. Tempo 30 ist in Wohngebieten, vor Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern sinnvoll, aber Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen führt zu keiner spürbaren Lärmreduktion, erzeugt Abkürzungs- und Ausweichverkehr in Wohngebieten, stellt den Sinn von ausgebauten Entlastungsstraßen auf den Kopf und ist reine Gängelung von Autofahrern, die auch nicht zum Spaß unterwegs sind.
113. **Suchverkehr verhindern, Parkplätze erhalten.** Eine gezielte Vernichtung oder deutlichen Verteuerung von Parkplätzen aus ideologischen oder aus erzieherischen Gründen lehnen wir ab. Die Erreichbarkeit des innerstädtischen Einzelhandels, des Gewerbes sowie der Wohnquartiere muss gewährleistet bleiben. Ein Wegfall von Parkplätzen darf nur mit einer quantitativen und qualitativen Steigerung des ÖPNV einhergehen. Die Konzentration der Parkraumbewirtschaftung und der städtischen Parkhäuser in der Hand von moBiel lehnen wir ab, da dies zu unvermeidbaren Interessenskonflikten führen wird.
114. **Jahnplatz umfassend planen.** Für den Bereich Jahnplatz fordern wir ein umfassendes Verkehrskonzept, welches auch alle Ausweichverkehre berücksichtigt. Wir wünschen uns eine bessere Nutzung des OWD und wollen eine Umgestaltung der Kreuzung Herforder Straße/Walther-Rathenau-Straße erreichen, so dass Autofahrer aus Richtung Herford zweisepurig in Richtung Ostwestfalentunnel, statt wie derzeit zweisepurig in Richtung Jahnplatz, gelenkt werden.
115. **OWD stärken.** Eine Temporeduktion auf dem OWD alleine aus Lärmschutzgründen lehnen wir ab. Der OWD muss als Stadtautobahn und Umgehungsstraße leistungsfähig bleiben, um Durchgangsverkehre aus der Innenstadt heraus zu ziehen. Wir präferieren andere lärmindernde Maßnahmen, wie z.B. die Verlegung von Flüsterasphalt.

116. **Taxen auf die Umweltpur.** Wir setzen uns dafür ein, dass auch Taxen die Bus- und Umweltpuren nutzen dürfen. Sie sind Teil des ÖPNV, verbessern die Mobilität und reduzieren den individuellen Autoverkehr.
117. **Autoverkehr verflüssigen.** Wir wollen Maßnahmen zur Verflüssigung des Autoverkehrs mit den Möglichkeiten eines Smart-City-Konzeptes umsetzen. Durch intelligente Ampelschaltungen (Grüne Welle, bedarfsorientierte Nachtabschaltung), Optimierungen von Kreuzungen (Abbiegeregelungen, Kreisverkehre), digitalen Informations- und Leitsystemen sowie die Aufrechterhaltung von Mehrspurigkeit wichtiger Hauptverkehrsstraßen (z.B. Arthur-Ladebeck-Straße und Stadtring) können Wohn- und Nebenverkehrsstraßen entlastet, Parkplatzsuchverkehre reduziert und die Erreichbarkeit des gesamten Stadtgebietes sichergestellt werden.
118. **Ausbau von Park and Ride.** In der geschickten Verknüpfung verschiedener Verkehrsträger liegen noch immer große Potenziale. Eine Möglichkeit ist hierbei der Ausbau von Park und Ride (P+R) Parkplätzen. Jahrelang ist dort nichts passiert, wir wollen die Kapazitäten deutlich erhöhen.
119. **Batterie und Wasserstoff - Alternative Antriebe fördern.** Wir wollen ein städtisches Gesamtkonzept für die Errichtung einer Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge und Fahrzeuge mit alternativen Energiequellen (Brennstoffzelle, Wasserstoff). Wir unterstützen die Einführung von Wasserstoffbussen durch moBiel und wollen die dafür vorgesehene Wasserstofftankstelle auch für Privatfahrzeuge und Fahrzeuge des städtischen Fuhrparks öffnen.
120. **Ja zur L712n.** Wir unterstützen und fordern die zügige Fertigstellung der L712N, der Verlängerung der Ostwestfalenstraße vom Autobahnanschluss Ostwestfalen-Lippe bis zur Herforder Straße. Sie entlastet die Stadtteile Altenhagen und Milse und erleichtert die Zufahrt nach Bielefeld über die Autobahn.
121. **Ortsumgehung Ummeln bauen.** Wir unterstützen und fordern die zügige Fertigstellung der B61N. Sie ist eine Verlängerung des Ostwestfalendamms (OWD) vom Anschluss der A33 bis zur Gütersloher Straße am südlichen Ende von Ummeln. Sie entlastet den Stadtteil und erleichtert und beschleunigt die Verbindung zwischen Bielefeld und Gütersloh.
122. **Anbindungen an Fernverkehr mit Bahn verbessern.** Wir unterstützen den Aus- und Neubau der ICE-Strecke zwischen Dortmund und Hannover. Der ICE-Halt, aber auch die IC-Halte und die Halte anderer Fernbahnanbieter (z.B. Flixtrain) in Bielefeld müssen – auch im Sinne eines effektiven Umwelt- und Klimaschutzes – erhalten bleiben und ausgebaut werden.
123. **Dauer von Baustellen verkürzen.** Die Planung und Durchführung von Baustellen in Bielefeld ist immer wieder ein Ärgernis für alle und kann eine Existenzbedrohung für betroffene Geschäfte sein. Städtische Baustellen werden häufig als Baumaschinenla-

ger genutzt, da Verzögerungen überhaupt keine Konsequenzen haben. Die Beeinträchtigung für uns Bürgerinnen und Bürger durch lange Bauzeiten muss ein Preisschild bekommen. Wir wollen daher Bauzeiten durch Vertragsstrafen verkürzen.

124. **Baustellen besser koordinieren.** Trotz mehrfacher Zusicherung, die Baustellen in der Stadt besser zu koordinieren, ist Bielefeld dabei nicht wirklich vorangekommen. Wir werden durchsetzen, dass die Planungs- und Koordinierungsprozesse genau analysiert werden, bei Bedarf auch durch Externe, und dann optimiert werden. Auch die Stadtwerke müssen stärker miteinbezogen werden und sich an eine koordinierte Vorgehensweise halten. Dass Straßen in kurzen Zeitabständen zweimal aufgerissen werden, ist eine unnötige Beeinträchtigung und vermeidbare Geldverschwendung.
125. **Digitale Verkehrs- und Baustellenplanung einführen.** Zu häufig wird bei Bauvorhaben eine Straßenverbindung einfach gesperrt und dann beobachtet, wohin sich der Verkehr orientiert. Verkehrschaos und Stau sind vor allem an den ersten Tagen solcher Baustellen die Folge. Wir wollen, dass als fester Bestandteil der Baustellenplanung eine softwaregestützte Verkehrssimulation eingesetzt wird. Wohin fließt der Verkehr bei Sperrungen? Können auf wahrscheinlichen Ausweichstrecken Ampelphasen angepasst werden? Mit der Zeit von uns Bürgerinnen und Bürger muss sorgfältiger umgegangen werden.
126. **Anlieger bei Baustellen besser informieren.** Bauvorhaben bringen immer Beeinträchtigungen mit sich. Umso wichtiger, dass sich Anlieger und vor allem Geschäfte darauf einstellen können und Planungsvorlauf bekommen. Zum Teil erhielten Einzelhändler gerade einmal 10 Tage vor Baubeginn nur einen Zettel, mit dem eine mehrwöchige Vollsperrung angekündigt wurde. Wir wollen einen festen Ansprechpartner für Anlieger im Bauamt, der jederzeit und mit ausreichendem Vorlauf kontaktiert werden kann. Anlieger sollen ohne Zeitverzug über den Stand der Planungen informiert werden. Ihre Bedürfnisse sollen vor Planung der Baudurchführung erhoben werden, um diese in der Planung zu berücksichtigen.
127. **Straßenausbaubeiträge abschaffen.** Wir betrachten den Kompromiss zur Neuregelung der Anliegerbeiträge bei Bauvorhaben durch die schwarz-gelbe Landesregierung als wichtige Entlastung und Verbesserung, nachdem SPD-Regierungen jahrzehntelang keine Initiative ergriffen haben. Die einzelnen Beiträge sind für uns aber nach wie vor zu hoch, die Erhebung verursacht Bürokratie und erzeugt zahlreiche Rechtsstreitigkeiten. Wir wollen daher, dass sich Bielefeld z.B. über den Städtetag aktiv für die vollständige Abschaffung dieser Regelung einsetzt. In Bielefeld wollen wir eine maximal anliegerfreundliche Umsetzung gewährleisten.



Digitale Verwaltung, Transparenz und Compliance

**Die digitale und
transparente Stadt!**

Die digitale und transparente Stadt - Digitale Verwaltung, Transparenz und Compliance

Die Herausforderung

Das Leben ist schon kompliziert genug. Da braucht niemand eine Stadtverwaltung, die es noch schwieriger macht. Eine digitale Stadt macht Wege zu Behörden überflüssig, weil sie auf E-Services setzt, damit die Bürger ihre Angelegenheiten unkompliziert von zu Hause aus erledigen können. Eine digitale Stadt macht es sich aber auch selbst einfacher, weil sie ihre Prozesse effizienter gestaltet. Eine leistungsbereite und effiziente Verwaltung ist ein Erfolgsfaktor für jede Stadt. Dazu gehört eine systematische, sachorientierte Führung, moderne Strukturen und smarte digitale Prozesse. Politisches Gegeneinander innerhalb der Verwaltung schwächt diese und lähmt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Viele Vorgänge sind hierdurch unnötig schwerfällig. Auch wenn es etwa im Bürgerservice einige Verbesserungen gegeben hat, werden die Möglichkeiten der Digitalisierung noch nicht vollständig genutzt. Verglichen z.B. mit privaten Dienstleistungsunternehmen besteht noch enormes Aufholpotenzial. Klagen über bürgerferne Entscheidungen sind häufig zu hören.

Städtische Betriebe bergen ein hohes Risiko an Interessenskonflikten und sachfremden Entscheidungen. Im Rat der Stadt Bielefeld sind viele Mitglieder zugleich Beschäftigte städtischer Unternehmen, etwa der Stadtwerke oder sind bei Institutionen angestellt, die über Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen von der Stadt bezahlt werden. Aufsichtsräte der städtischen Unternehmen sind Ratsmitglieder, die fachlich oftmals nicht vollständig hierfür qualifiziert sind.

Die Geschäftsführerpositionen scheinen sehr häufig nach Parteizugehörigkeit und nicht ausschließlich nach Qualifikation besetzt zu werden. Bewerber von außen, die neue Impulse setzen könnten, werden so teilweise abgeschreckt. Alles was einer guten Führung und Aufsicht unserer Unternehmen abträglich ist, kostet erhebliche finanzielle Mittel, die an anderer Stelle fehlen.

Unser Kompass

Wir wollen Deutschlands modernste Verwaltung schaffen. Eine hochmotivierte, überparteiliche, gut ausgebildete und ausgestattete Verwaltung ist ein wichtiger Standortvorteil, erhöht die Bürgerfreundlichkeit und wird der Verantwortung der Stadt gegenüber ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gerecht. Die vielen zusätzlichen Aufgaben, die Rot-Grün der Verwaltung aufgebürdet hat, wollen wir durch eine Konzentration auf das Wesentliche zurückführen. Wir wollen eine schlagkräftige, schlanke und fitte Verwaltung, die klar definierte Aufgabe effizient bearbeitet. Durch flache Hierarchien, eine Kultur der Verantwortlichkeit und ein die Eigeninitiative förderndes Klima sollen Motivation der Beschäftigten und die Attraktivität des Arbeitsplatzes Verwaltung verbessert werden. Die Digitalisierung ist die große Chance, die Effizienz in der Verwaltung zu erhöhen, bessere Leistungen und Services anzubieten und die Arbeitsverdichtung abzubauen. Hier wollen wir mehr investieren, um aus

dem Projekt Modellkommune zur Realität einer Modellverwaltung zu kommen und einen Modernisierungsschub zu erzeugen.

Bielefeld muss viel sorgfältiger auf die Vermeidung von Interessenskonflikten achten. Fallen wichtige Entscheidungen nicht in den dafür vorgesehenen Gremien, werden Abhängigkeiten geschaffen und ausgenutzt, wird zu viel nicht-öffentlich verhandelt und beschlossen, ist das jedes Mal ein Verlust an Demokratie und Freiheit. Wir drängen daher auf Transparenz, klare Regeln und eine strenge Auslegung von Befangenheitstatbeständen.

Öffentliche Unternehmen sollen von Managern geführt und von Aufsichtsräten überwacht werden, die bestmöglich dafür qualifiziert sind. Parteibuchbesetzungen lehnen wir ab. Positionen in Ämtern und städtischen Gesellschaften müssen transparent an die Besten vergeben werden. Nur so können die Bürger wieder Vertrauen in den Stadtrat und die Verwaltung fassen. Transparenz in nicht wettbewerbsrelevanten Entscheidungen ist das effektivste Kontrollinstrument, um Interessenskonflikte zu vermeiden. Auch die Akteure selbst brauchen ein klares Regelsystem. Zu dessen Entwicklung muss externe Sachkenntnis hinzugezogen werden.

Unsere Maßnahmen – Was zu tun ist:

→ Die digitale Verwaltung

128. **Konzentration auf das Wesentliche.** Wir wollen eine konsequente kritische Analyse aller Verwaltungsaufgaben durchführen, um unnötige Arbeit zurückzuführen und Doppelstrukturen auszulösen. Durch konsequente Nutzung der Digitalisierung werden Prozesse automatisiert und vereinfacht. Nicht mehr benötigte Stellen können wir streichen. Wir werden das interne Personalmanagement in der Stadtverwaltung verbessern, so dass bei Wegfall von Stellen die gut ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neue Perspektiven in der Verwaltung erhalten. Durch die Nutzung der natürlichen Fluktuation wollen wir die unter Rot-Grün aus dem Ruder gelaufenen Personalkosten durch die Zurückführung von Stellen und Aufgaben eindämmen.
129. **Verwaltungsstruktur erheblich vereinfachen.** Hierzu gehören der Abbau von Doppelzuständigkeiten und die Zusammenlegung von Ämtern. Unnötiges Berichtswesen und vermeidbare bürokratische Prozesse wollen wir abschaffen.
130. **Deutschlands modernste Verwaltung schaffen.** Durch einen intensiven Vergleich mit anderen Städten und externen Untersuchungen sollen stärker als bisher Verbesserungsmöglichkeiten in den Verwaltungsabläufen und bei der Umsetzung der Digitalisierung gefunden werden. Wir wollen von den Besten lernen und unsere Prozesse auf den Prüfstand stellen. Die Ideen der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen dabei stärker eingebunden werden.

131. **Arbeitsabläufe analysieren.** Eine Analyse, welche Arbeiten in der Verwaltung entbehrlich sind, da sie keinen Bürgernutzen stiften, und wo Doppelstrukturen bestehen, ist Ausgangspunkt der Verwaltungsmodernisierung. Bis diese Leistungen identifiziert sind, befürworten wir einen Einstellungsstopp in der Verwaltung in Verbindung mit einem internen Personalmanagement. So können auch kurzfristig wirksame Einsparpotenziale schnell realisiert werden. Wir wollen bei der Verschlankung der Verwaltungsabläufe ohne betriebsbedingte Kündigungen auskommen.
132. **Prozesssoftware generalüberholen.** EDV-Systeme, die in der Verwaltung eingesetzt werden (z.B. SAP), sind z.T. durch spezifisch für Bielefeld vorgenommene Sonderprogrammierungen schwer handhabbar. Wir wollen, dass die Effizienzpotentiale der Software genutzt werden und setzen uns für eine Überprüfung und Rücknahme dieser Sonderprogrammierungen ein. Schlankere, einfachere Prozesse und geringere Systemkosten sind die Folgen. Denn jedes SAP Update erfordert eine individuelle Programmierung der Bielefelder Sonderlösung. Eine Anpassung der Strukturen ist auch unser Ziel im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit in der Region.
133. **Bürgerberatung komplett digital umsetzen.** Um die Bürgerberatung weiter zu digitalisieren, sollen mehr Verwaltungsprozesse über das Internet zu erledigen sein. Hierzu wollen wir zu Beginn der Wahlperiode eine Gesamtdarstellung aller Prozesse der Bürgerberatung erarbeiten, die über das Netz abbildbar wären. Hieraus erstellen wir einen verbindlichen Zeitplan bis wann welcher Prozess digitalisiert ist. Mehr Angelegenheiten online erledigen zu können, hat für uns Priorität vor der Frage, ob einzelne Bürgerberatungen ein paar Stunden länger geöffnet haben. Die Einführung der digitalen Bauakte unterstützen wir, auch hier hat Bielefeld viel aufzuholen.
134. **Gläsernes Rathaus schaffen.** Wir wollen mit einer „Open Government“-Initiative das gläserne Rathaus schaffen und mehr Transparenz und Teilhabe ermöglichen. Das Informationsfreiheitsgesetz NRW soll proaktiv angewendet werden. Dokumente zum Verwaltungshandeln sollen, wenn keine der gesetzlich fixierten Gründe dagegensprechen, grundsätzlich und zwingend über das Internet für jeden abrufbar sein. Es ist grundsätzlich die geringstmögliche Gebühr bei Informationsgesuchen anzusetzen. Die bisherigen Open Data Angebote sind deutlich auszubauen und zu verstetigen. Vor allem sind nicht nur geschlossene PDF-Dateien einzustellen, sondern auch digitale Rohdaten. Die Stadt Bielefeld sollte pro-aktiv Gesellschaftsverträge, Gutachten, Gebührenbedarfsberechnungen und andere wichtige Entscheidungen ihrer Unternehmen und Einrichtungen zeitnah auf dem Open-Portal veröffentlichen. Es muss eine klare Verantwortlichkeit für den Aus- und Aufbau der Open-Data-Angebote geben. Wir werden dazu die von der Ratsmehrheit abgelehnte kommunale Informationsfreiheitsatzung erneut einbringen und beschließen lassen. Die Digitalisierung der Archive wollen wir nutzen, um den Open-Data Bestand auszubauen.
135. **Echte Bielefeld-App umsetzen.** Wir wollen eine Bielefeld App, die ihren Namen verdient und nicht nur die Umsetzung der Homepage in einem anderen Format ist. Mit

dieser App sollte das Tagesgeschäft der Verwaltung verbessert werden: Meldung von defekter Infrastruktur (Schlaglöcher, Lampen, volle Mülleimer oder wilde Müllkippen), Termin Vergabe der Ämter (Bürgerberatung, Kfz-Anmeldung, etc.), aktive Benachrichtigung der Verwaltung über Besonderheiten (Ausfall von Dienstleistungen, Sonderaktionen etc.). Die App darf nicht überladen sein, sondern muss sich das wesentliche konzentrieren.

→ **Politische Strukturen modernisieren, Partizipation erhöhen**

136. **Mehr Entscheidungen öffentlich treffen.** Der Grundsatz der Öffentlichkeit der Gemeindeordnung muss stärker bei der Planung und Durchführung von Gremiensitzungen beachtet werden. Nicht die öffentliche, sondern die nicht-öffentliche Verhandlung ist zu begründen. Im Zweifel soll die Öffentlichkeit gelten. Eine Auslagerung von Entscheidungen aus öffentlich tagenden Gremien in nicht-öffentliche Arbeitskreise oder Unterausschüsse lehnen wir ab.
137. **Die Stadt ist keine Beute – Dezernate nach Eignung besetzen, Bielefelder Landrecht abschaffen.** Wir wollen die Vergabe der Dezernentenstellen, also der obersten Verwaltungsbeamten, in Bielefeld, die auf einer politischen Absprache der drei großen Parteien, dem sog. „Bielefelder Landrecht“, beruht, neu regeln. Durch diese Vereinbarung zwischen SPD, CDU und Grünen, die Dezernenten fest an die Fraktionen aufzuteilen und den einer Fraktion zugesagten Dezernentenposten automatisch zu wählen, sind die Dezernenten in der Realität nicht dem gesamten Rat, sondern nur „ihrer“ Fraktion gegenüber rechenschaftspflichtig. Vorschlagsrechte zur Abbildung eines politischen Konsenses in der Verwaltungsspitze lehnen wir nicht grundsätzlich ab. Ausschlaggebend muss aber die Qualifikation der Bewerberin bzw. des Bewerbers sein und höher bewertet werden als ihre bzw. seine Parteizugehörigkeit. Auch die Aufteilung der Geschäftsbereiche darf nicht unantastbar sein. Wir werden einen transparenteren Bewerbungs- und Auswahlprozess für Mitglieder der Verwaltungsspitze durchsetzen. Hierzu gehört, dass die Ausschreibungsergebnisse für Dezernentenstellen allen im Rat vertretenen Gruppen und Fraktionen zur Verfügung gestellt werden, damit diese sich ein umfassendes Bild machen können und ihre Wahl von Fakten und nicht von Absprachen und Geschäften auf Gegenseitigkeit abhängig machen.
138. **Partizipation durch ein Jugendparlament stärken.** Wir fordern die Einrichtung eines Bielefelder Jugendparlaments. Alle Jugendlichen zwischen 12 und 17 Jahren sollen ein aktives und passives Wahlrecht erhalten. Das Jugendparlament soll den Stadtrat als Interessenvertretung der Jugend beraten, da diese im Moment keine Möglichkeit haben, Einfluss zu nehmen. Es würde sich auch anbieten, die Wahl (und die Vorbereitung darauf) in den Politikunterricht an den Schulen einzubinden.
139. **Rats-TV einführen.** Ratssitzungen sollen im Internet übertragen und archiviert werden. Durch Untertitel können dann auch Gehörlose die Sitzungen verfolgen. Die

Übertragung ausgewählter Ausschusssitzungen und Sitzungen von Bezirksvertretungen wollen wir prüfen und ermöglichen. Die Aufzeichnungen können in eine Mediathek überführt werden.

140. **Online Portal zur Bürgerbeteiligung.** Wir wollen das bestehende Ratsinformationssystem zu einem umfassenden Online Portal erweitern, auf dem sich jede Bürgerin und jeder Bürger zur Bielefelder Politik informieren kann. Neben Tagesordnungen und Beschlüssen sollen dort die aufgezeichneten Streams von Rats- und Ausschusssitzungen abrufbar sein. Das Portal soll alle Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten vereinen, online Diskussionen ermöglichen und Kontakte zur Politik vereinfachen.
141. **Ausschussstruktur verschlanken.** Jeder Ausschuss erzeugt Kosten nicht nur durch die Aufwandsentschädigungen für die Ausschussmitglieder, sondern auch durch Verwaltungskapazitäten, die gebunden werden. Unterbeschäftigte Ausschüsse suchen sich zudem neue, zumeist ausgabenwirksame Betätigungsfelder. Wir setzen uns für eine Verringerung der Anzahl der Ausschüsse ein. So ist der Umweltausschuss eher aus parteitaktischen Proporzüberlegungen aus dem Stadtentwicklungsausschuss herausgelöst worden. Wir wollen eine Wiederezusammenführung anstreben.
142. **Struktur der Stadtbezirke reformieren.** Wir wollen die Zahl der Stadtbezirke und Bezirksvertretungen langfristig verringern und wollen als Einstieg die Zusammenlegung von zwei oder drei Bezirken zu einem neuen als Pilot vornehmen. Art der Entscheidungsfindung und Bürgernähe sind Faktoren die für diesen Pilotbezirk zum Ende der Ratsperiode analysiert werden.
143. **Bezirksvertretungen stärken.** Die Bezirksvertretungen sind unmittelbarer Anlaufpunkt für Einwohner in den Bezirken. Entscheidungen sind allerdings leider allzu häufig von der Verwaltung ignoriert worden. Wir werden für ein neues Miteinander zwischen Bezirksvertretungen und Verwaltung sorgen, bei dem die Verwaltung politische Beschlüsse umsetzt. Die Entscheidungskompetenzen der Bezirksvertretungen wollen wir erweitern.
144. **Bürgerbegehren stützen.** Bürgerinnen und Bürger, die über ein Bürgerbegehren Entscheidungen in der Stadt voranbringen wollen, sollen durch die Verwaltung bestmöglich unterstützt werden. Rechtsverbindliche Auskünfte vor der Sammlung von Unterschriften und eine proaktive Beratung unabhängig von der Zielsetzung des Begehrens soll die Interaktion von Verwaltung und Initiatoren prägen.

→ **Transparenz erhöhen, Filz bekämpfen**

145. **Transparenz über Beschäftigungen von Ratsmitgliedern schaffen.** Alle Mandatsträger sollen schriftlich Auskunft geben über Beruf, Anstellung, Beteiligungen, Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Vereinen und Verbänden sowie über ihre Bezüge und geldwerten Vorteile, die sie von städtischen Unternehmen, etwa durch Aufsichtsrats-

mandate oder berufliche Tätigkeiten erhalten haben. Der Anteil der städtischen Auftragssumme am Gesamtumsatz des jeweiligen Arbeitgebers ist ebenfalls auszuweisen, wenn er eine Geringfügigkeitsgrenze überschreitet. Diese Angaben sind durch die Stadt jährlich in geeigneter Form (Internet, Amtsblatt, Jahresabschluss) zu veröffentlichen.

146. **Externe Dritte in die Aufsichtsräte.** Wir wollen, dass in jeden Aufsichtsrat von städtischen Gesellschaften mindestens ein von der Stadt bestellter professioneller Aufsichtsrat entsandt wird und die Mandate der Stadt somit nicht ausschließlich nach Parteiproporz verteilt werden.
147. **Aufsichtsräte qualifizieren.** Ehrenamtliche Kommunalpolitiker sind nicht automatisch gute Aufseher und treffen doch Millionenentscheidungen. Die Mitglieder von Aufsichtsräten sind daher vor Wahrnehmung des Mandats intensiver zu schulen als bislang. Es sollen Voraussetzungen für eine Tätigkeit als Aufsichtsrat hinsichtlich der Qualifikation aufgeführt werden. Dies wären eine kaufmännische Ausbildung, ein geeignetes, abgeschlossenes Studium, mindestens aber eine erfolgreich absolvierte Weiterbildung in Bilanz, Buchführung und Betriebswirtschaft.
148. **Nur noch maximal drei Aufsichtsratsmandate pro Person.** Wir wollen die Anzahl der Aufsichtsratsmandate in städtischen Gesellschaften, die eine Person ausüben kann, auf drei begrenzen. Bislang sind fünf Mandate zulässig. Eine aktive Wahrnehmung der Aufsichtsrats-tätigkeit erfordert einen hohen Zeitaufwand, der eine effektive Kontrollfunktion nicht für eine große Zahl von Mandaten erlaubt.
149. **Keine Aufseher, die zugleich Arbeitnehmer sind.** Arbeitnehmer des jeweiligen Unternehmens sollen aufgrund der unvermeidlichen Interessenskonflikte grundsätzlich nicht als Vertreter der Stadt Bielefeld in den Aufsichtsrat des entsprechenden Unternehmens entsandt werden.
150. **Aufsichtsratsvergütungen transparent machen.** Die Vergütung je Aufsichtsrat ist für alle Beteiligungen im jährlichen Beteiligungsbericht den einzelnen Mitgliedern zuordenbar aufzuführen.
151. **Keine politische Beeinflussung durch städtische Unternehmen.** Die Geschäftsführung städtische Unternehmen hat dafür Sorge zu tragen, dass das Unternehmen nicht aktiv in die politische Willensbildung eingreift. Neben direkten Zuwendungen an Parteien und Wählergemeinschaften sind politische Meinungsäußerungen des Unternehmens zu unterlassen. Eine Beeinflussung von politischen Wahlen, Bürgerentscheiden und ähnlichen Verfahren der Bürgerbeteiligung gehört nicht zum öffentlichen Zweck städtischer Unternehmen (Beispiel Linie 5) und stellt eine Veruntreuung öffentlicher Gelder dar.

152. **Beteiligungsverwaltung stärken.** Die Beteiligungsverwaltung muss durch organisatorische und personelle Maßnahmen eine zentrale Rolle bei der Steuerung und Kontrolle der Unternehmen erhalten. Beteiligungsverwaltung/Konzerncontrolling könnten durch ein Recht auf Teilnahme an Aufsichtsratssitzungen mit beratender Stimme erheblich gestärkt werden.
153. **Geschäftsführer nach Qualifikation besetzen.** Mitglieder der Geschäftsführung von Unternehmen mit obligatorischem Aufsichtsrat sollten grundsätzlich nur nach einem Auswahlverfahren zur Bestenauslese unter Mitwirkung einer externen Personalberatung bestellt werden. Die Erstbestellung eines Mitglieds der Geschäftsführung könnte zunächst nur für drei Jahre erfolgen, um unnötige Kosten bei fehlender fachlicher und sozialer Kompetenz, die sich erst im Amt erweist, zu vermeiden.
154. **Keine überzogenen Abfindungen vereinbaren.** Bei vorzeitiger Beendigung der Geschäftsführertätigkeit dürfen keine unangemessenen Abfindungen gezahlt werden. Bei Abschluss der Anstellungsverträge sind entsprechende Höchstbeträge zu vereinbaren.
155. **Zum Jahresabschluss städtischer Unternehmen in öffentlicher Sitzung berichten.** Der Bericht über festgestellte Jahresabschlüsse sollte grundsätzlich in öffentlicher Sitzung erfolgen. Eine Beratung in öffentlicher Sitzung ist heute ein Gebot der Transparenz.
156. **Compliance Regeln für städtische Unternehmen vorgeben.** Die Stadt sollte ihre Unternehmen verpflichten, Compliance-Richtlinien für die Beschäftigten zu erlassen und den wesentlichen Inhalt vorgeben.
157. **Sponsoring transparent durchführen.** Transparenz im Bereich des Sponsorings durch kommunale Unternehmen ist durch öffentliche Sponsoringberichte zu gewährleisten, in denen Sponsor und Gesponserte mit den jeweiligen Zuwendungen aufgeführt werden. Für Stadtwerkstiftung und Sparkassenstiftung ist ebenfalls ein jährlicher Bericht mit Auflistung der geleisteten Zuwendungen zu erstellen und zu veröffentlichen. Aktives Sponsoring durch kommunale Unternehmen und Einrichtungen oberhalb einer Bagatellgrenze sollte grundsätzlich durch den Aufsichtsrat genehmigt werden.
158. **Städtische Unternehmen grundlegend auf Transparenzlücken untersuchen.** Wir wollen, dass durch externe Experten, etwa von Transparency International, die wesentlichen Abläufe in städtischen Unternehmen bei Auftragsvergaben, Geschäftsführerauswahl, Aufsichtsratsbesetzungen, Unternehmensführung usw. auf mögliche Interessenkollisionen und Einfallstore für Korruption überprüft werden. Ein hieraus abzuleitender Maßnahmenkatalog ist dann schnell umzusetzen.
159. **Antikorruptionskonzept aktualisieren.** Die Stadtverwaltung hält ein Drittel der Arbeitsplätze für besonders korruptionsgefährdet, was eine Umsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen Präventionsmaßnahmen fast unmöglich macht. Hier wollen wir

eine Neubewertung vornehmen. Nach Erkenntnissen der Kriminalwissenschaften kommt der Rotation bzw. den geforderten Ersatzmaßnahmen höchste Bedeutung zu. Sensibilisierung und Fortbildung allein reichen nicht zur nachhaltigen Korruptionsbekämpfung aus.

160. **Aufdeckung von Korruption fördern.** Um Beschäftigten der Verwaltung oder in kommunalen Unternehmen die Möglichkeit zu geben, anonym auf Interessenskonflikte oder Korruption hinzuweisen, ist eine Rechtsanwältin / ein Rechtsanwalt als Ombudsstelle einzusetzen. Zusätzlich sollte die Stelle „Antikorruption“ im Rechnungsprüfungsamt zu einem Compliance- bzw. Antikorruptionsbeauftragten aufgewertet werden, der weisungsunabhängig ist und den Bürgerinnen und Bürger als Ansprechperson zur Verfügung steht. Verwaltungsintern sind die Möglichkeiten, Verstöße gegen die Anti-Korruptionsregelungen zu melden, bekannt zu machen. Die Verwaltungsleitung muss eine Kultur schaffen, in der Korruptionsmeldung als Pflicht und Beitrag zur Verbesserung und nicht als Netzbeschmutzung angesehen wird.
161. **Beteiligungen und unternehmerische Risiken verringern, Interessenskonflikte abbauen.** Strategisch nicht notwendige Beteiligungen sind abzubauen, um Interessenskonflikte gar nicht erst entstehen zu lassen. Hierfür ist eine strategische Bewertung aller bestehenden Beteiligungen durchzuführen (siehe Kapitel Wirtschaft).

Kulturstadt

Bielefeld

fördern



Kulturstadt Bielefeld fördern

Die Herausforderung

Kultur verbindet, regt an zu Diskussion und Gedankenaustausch, spielt eine wichtige Rolle im Zusammenhalt und der Entwicklung einer Gesellschaft und ist eine wichtige Quelle der Inspiration. Die Kunstfreiheit zu verteidigen und vor politischen Einflüssen jedweder Ausrichtung zu schützen, ist uns als Freien Demokraten in Zeiten erstarkender Extreme in der Gesellschaft wichtiger denn je.

Kultur ist mehr als ein weicher Standortfaktor. Kultur stiftet Identität, trägt zu Verständnis, Respekt und Toleranz gegenüber anderen Kulturen bei und fördert Kommunikation in Wirtschaft und Gesellschaft. Sie ist Quelle für Inspiration und Innovation und damit Grundlage der Zukunftsfähigkeit unserer Stadtgesellschaft. Kunst und Kultur stärken den Tourismus, fördern die Ansiedlung von Unternehmen und wirken ein auf die Wohnortentscheidung bei Fach- und Führungskräften.

Wir wollen in Bielefeld ein hochwertiges und vielfältiges Kulturangebot sichern. Wir setzen uns für den Erhalt und die Stärkung kultureller Initiativen sowie von Theatern und Orchestern ein. Die von der schwarz-gelben Landesregierung zu diesem Zweck ins Leben gerufenen Förderprogramme leisten dazu einen wertvollen Beitrag.

Unser Kompass

Kunst und Kultur sind Bindeglieder unserer Gesellschaft und wichtiger Motor für Innovation und Entwicklung in unserer Stadt. Wir wollen daher die Ausgaben für Kulturförderung konstant halten und von Einsparungen ausnehmen. Wir setzen uns ein sowohl für flächendeckende kulturelle Angebote für Musik, Theater und bildende Kunst, wie auch für den Erhalt von Museen oder der Pflege und Ergänzung bestehender Stadtzeichen und der Kunst im öffentlichen Raum. Dabei setzen wir auf die ausgewogene Förderung von freier und etablierter Szene. Ehrenamtliches Engagement im Kulturbereich wollen wir fördern und dafür gezielt werben.

Wir wehren uns gegen die Überfrachtung der Kultur mit zu großen gesellschaftspolitischen Erwartungen. Kultur kann nicht durch die Verwaltung geplant werden, sondern braucht Freiraum, um sich zu entwickeln. Die Freiheit der Kunst werden wir entschlossen verteidigen. Jeder Form von Zensur oder Beeinflussung künstlerischer Entfaltung stellen wir uns entgegen.

Entgegen der Annahme des Kulturentwicklungsplans von 2014 ist Bielefeld eine wachsende Stadt – eine Stadt, die sich in die Zukunft orientieren sollte. Das soll und muss auch für die Kunst und Kultur in dieser Stadt gelten, die eine bedeutsame und bisher vernachlässigte Säule nachhaltiger Stadtentwicklung ist. Im Wettbewerb mit anderen Städten ähnlicher Größe wollen die Bedingungen sowohl bei der Kulturproduktion als auch Kulturrezeption deutlich verbessern. So erreichte Bielefeld 2019 im HWWI Kultur-Städteranking nur Platz 25 der 30 größten Städte Deutschlands, damit wollen wir uns nicht zufriedengeben.

Die Kulturszene ist ein wichtiger Resonanzraum für gesellschaftspolitisch relevante Themen und sollte auch ideell durch die Kulturpolitik und Kulturverwaltung als solcher gefördert und begriffen werden. Wir wollen die destruktiven Gräben und überholte Kategorien, wie die unzeitgemäße Polarisierung zwischen der sog. freien Szene und Einrichtungen der sog. Hochkultur, überwinden. Des Weiteren wollen wir die Professionalisierung der Kulturpolitik und Kulturverwaltung im Hinblick auf neue Anforderungen an Vermittlung, Teilhabe und Produktion von Kunst und Kultur im digitalen Zeitalter vorantreiben.

Unsere Maßnahmen – was zu tun ist:

162. **Umsetzungsdefizite des Kulturentwicklungsplans beheben.** Der Kulturentwicklungsplan 2014-2022 soll weiterhin die Grundlage für eine inhaltlich koordinierte Kulturpolitik in Bielefeld bilden. Das Aufsetzen eines Projektes zur Fortführung und Weiterentwicklung des Kulturentwicklungsplanes unterstützen wir ausdrücklich. Allerdings ist für uns die Evaluierung und der Umsetzungsstand der konkreten Handlungsempfehlungen des Kulturentwicklungsplanes 2014-2022 entscheidend.
163. **Bühnen und Orchester stärken.** Wir bekennen uns zu allen drei künstlerischen Sparten der städtischen Bühnen und Orchester. Die Rudolf Oetker Konzerthalle entwickelt sich unter der gemeinsamen Intendanz des Stadttheaters zu einer Institution mit europäischer Bedeutung und Leuchtturmwirkung. Das Bielefelder Stadttheater und die Konzerthalle benötigen finanzielle Planungssicherheit und Wertschätzung für ihre innovative Arbeit.
164. **Kunsthalle ausbauen.** Die Kunsthalle ist ein herausragendes Ausstellungshaus von internationaler Bedeutung. Wir setzen uns für eine der Bedeutung des Hauses entsprechend qualifiziert ausgeführte Sanierung sowie eine funktionale Erweiterung der Gebäudestruktur ein, die zeitgemäßer Präsentationsästhetik entspricht. Die Idee eines separaten Erweiterungsbaus und Depots soll weiterverfolgt und konzeptuell untermauert werden. Sowohl das Ankaufs- als auch das Ausstellungsbudget muss ein ambitioniertes Ausstellungsprogramm ermöglichen.
165. **Klare Verantwortlichkeiten für die Kunsthalle.** Die Vorgänge um die Beendigung des Vertrags mit dem Leiter der Kunsthalle haben Verbesserungsbedarf bei den Entscheidungsstrukturen gezeigt. Dass mit der Kunsthalle verbundene Themen nicht im Kulturausschuss behandelt werden dürfen, ist nicht sachgerecht. Wir wollen eine verbesserte Anbindung der Kunsthalle an die kulturpolitische Diskussion und mehr externen Kultursachverständigen in den Entscheidungsgremien etablieren.
166. **„Kulturamt der Zukunft“ schaffen.** Die Bielefelder FDP setzt sich nachdrücklich für die Neuaufstellung des Kulturamtes ein. So soll das „Kulturamt der Zukunft“ weniger als Veranstalter mit eigener Programmgestaltung auftreten, insbesondere wo dies

andere, freie Träger übernehmen können. Das Kulturamt der Zukunft wird Ermöglicher/Türöffner, Servicesteller/Vermittler, Impulsgeber, Sprachrohr und autonomer Gesprächspartner gegenüber der Politik.

167. **Kulturförderung verbessern.** Wir werden die Praxis der Kulturförderung mit ihren Kriterien und Richtlinien auf ihre Transparenz und Passgenauigkeit hin überprüfen und weiterentwickeln. Wichtig ist, dass der verwaltungstechnische und bürokratische Aufwand nicht ausufert. Im Sinne der Planungssicherheit für freie Kulturakteure sind einerseits mehrjährige Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen sinnvoll, andererseits müssen auch neue und innovative Formate die Chance auf Förderung erhalten. Wir wollen daher zeitgemäße Ansätze für Kulturförderverfahren und innovative, spartenübergreifende Förderinstrumente etablieren, z.B. individuelle Künstlerpreise zur Förderung von Kunst- und Kulturschaffenden ermöglichen und die Förderung für neue Genres öffnen (Gaming, Cross-over Angebote, Off-Räume und Clusterförderung). Die Sparten- und Sektorenkompetenz des Kulturamts werden wir stärken.
168. **Wissenstransfer fördern.** Mit der Etablierung von Kompetenzzentren zu Digitalisierung und Fördervermittlung wollen wir den Wissenstransfer von der Kulturverwaltung und Förderakteuren fördern. Die Kompetenzstelle „Kulturelle Teilhabe“ soll dann das Schnittstellenmanagement zwischen Ämtern, Kultureinrichtungen und Initiativen strukturieren und begleiten und Modellprojekte beraten. (Audiance und Community Development).
169. **Kulturelle Zwischennutzungen erleichtern.** Wir wollen einen digitalen „Leerstandsmelder“ unter der Regie des Kulturamts einrichten, der Akteuren das Auffinden von Räumen zur Zwischennutzung vereinfacht. Eine digitale Tauschbörse soll die kooperative Nutzung von Materialien und anderen Ressourcen ermöglichen (Ergänzung des Technikpools des Kulturamtes).
170. **Kulturrat gründen.** Wir wollen die Gründung eines Kulturrats zur Artikulation gemeinsamer Interessen der Kunst- und Kulturschaffenden und zur fachlichen Beratung der Kulturpolitik unterstützen. Umfangreichere Partizipations-, Ermächtigungsmodelle und qualifizierende Elemente, wie Fachbeiräte (Sparten) und Jurys sollen zukünftig eine größere Rolle in der Kulturpolitik Bielefelds spielen.
171. **Masterplan Kulturbauten aufstellen.** Wir wollen die kulturelle Infrastruktur, die der Ausgangspunkt kulturellen Lebens ist, dauerhaft sicherstellen und entwickeln, in dem wir die Zusammenführung aller geplanten und notwendigen Bau- und Sanierungsmaßnahmen in einem Masterplan Kulturbauten anstreben. Wir wollen ein konzeptbasiertes Vorgehen bei der Sanierung von Kulturbauten etablieren.
172. **Bielefeld als Kulturstadt profilieren.** Um das Image als Kulturstadt zu schärfen, soll sich Bielefeld als Austragungsort wichtiger Veranstaltungen/Festivals/Biennalen mit

überregionaler Bedeutung profilieren und sich um die Ansiedlung überregional bedeutsamer Kultureinrichtungen bemühen.

173. **Private Kulturförderung stärken.** Wir werden uns weiter auf Landesebene dafür einsetzen, dass stiftungs- und steuerrechtliche Regelungen entwickelt werden, die Anreize für Unternehmen und Privatpersonen setzen, Kultureinrichtungen zu unterstützen. Wie wollen „Stifter“ ermutigen, als Kulturmäzene zu wirken und werden dafür einen dedizierten Ansprechpartner in der Kulturverwaltung benennen. Des Weiteren setzen wir uns für den Einsatz der „Matching Funds Methode“ ein, die die Auslobung öffentlicher Mittel mit dem Einwerben privater Mittel in bestimmter Höhe verbindet.
174. **Kunstpreis stärken.** Wir wollen eine Fachjury zur Auswahl von Preisträgern des Bielefelder Kunstpreises einrichten, um diesem mehr Gewicht und Bedeutung zu verschaffen.
175. **Sponsoring transparent machen.** Die Transparenz des Kultursponsorings durch kommunale und private Unternehmen für Programme des Kulturamts muss durch die Veröffentlichung eines Sponsoringberichts gewährleistet sein.
176. **Mehr tun für kulturelle Bildung.** Wir wollen das Konzept für kulturelle Bildung weiterentwickeln und seine Effektivität regelmäßig evaluieren. Die Kooperation zwischen Kulturamt, Bildungsbüro, Amt für Schule und Jugendamt soll sich verstetigen und die freie Szene ein- und anbinden. Wir wollen insbesondere die Bielefelder Kinder und Jugendlichen durch die Begegnung mit Kunst und Künstlern aller Sparten in ihrer individuellen Entwicklung fördern. und Unser Ziel ist es, dass kulturelle Institutionen und Akteure stärker in das Programm von Ganztagschulen/OGS einbezogen werden. In diesem Zusammenhang wird die Kooperation mit den Trägern der Nachmittagsbetreuung gesucht um Standards für Angebote der kulturellen Bildung zu etablieren und zu verstetigen.
177. **Freier Eintritt in Museen für Kinder und Jugendliche.** Wir werden den freien Eintritt für Kinder und Jugendliche in den städtischen Museen einführen. Die Einführung eines freien Eintritts für alle an einem bestimmten Wochentag wollen wir prüfen.
178. **Politische Ausgewogenheit im VHS-Programm.** Wir wollen, dass die Programmangebote im Bereich Gesellschaft und Politik der Volkshochschule parteipolitisch neutral und ausgewogen sind. Sind Referenten eindeutig parteipolitisch verortet, muss dies in Ankündigung und auf der Veranstaltung klar benannt werden. Die politische Kontroverse zu den behandelten Themen sollte durch die Berücksichtigung unterschiedlicher Standpunkte abgebildet werden.
179. **Volkshochschule nicht als Konkurrenz zu Vereinen und Privaten.** Die VHS achtet insbesondere im Bereich Sport verstärkt darauf, dass angebotene Kurse nicht in Konkurrenz zu Vereinsangeboten oder Privatanbietern treten. Weitgehend identische Angebote sollen unterbleiben.

180. **Konzertveranstalter unterstützen.** Durch die Corona-Pandemie sind einige Betreiber von Veranstaltungsorten in wirtschaftliche Existenznot geraten. Damit ist ein wichtiger Teil auch kultureller Infrastruktur bedroht. Wir wollen als Unterstützung die veranstaltungsbezogene Vergnügungssteuer rückwirkend zum 1.1.2020 abschaffen und prüfen, welche weiteren Möglichkeiten die Stadt zur Förderung von Anbietern von Veranstaltungsräumen hat.
181. **Stadtbibliothek sonntags öffnen.** Wir verstehen die Stadtbibliothek als bedeutenden Lern- und Kulturort für alle Bevölkerungsgruppen. Um die Ausweitung der Öffnungszeiten auf Sonn- und Feiertage zu erreichen, wollen wir die Fördermöglichkeiten für Angebote dieser Art nutzen.
182. **Marketing für die Bielefelder Kultur verbessern.** Wir wollen die Bielefelder Kultur mehr in den Fokus des Stadtmarketings rücken und setzen uns für die konsequente Umsetzung des Kulturmarketingkonzeptes ein, das die künstlich konstruierte Trennung von internem und externem Marketing in zwei organisatorische Einheiten zurücknimmt. Ziel des Marketings soll eine professionellere innerstädtische Kulturkommunikation, aber auch eine schärfere nationale Wahrnehmung des Kulturraumes Bielefeld als attraktiver Wohn- und Lebensraum und als Tourismusdestination sein. Dabei gilt es, für Bielefeld ein schärferes kulturelles Profil zu entwickeln.
183. **Befragung zu Kunst- und Kulturbedürfnissen durchführen.** Die Durchführung einer Bevölkerungsbefragung zum Thema Kunst- und Kulturrezeption soll eine zielgruppenorientierte Planung, Gestaltung und Steuerung künftiger kulturpolitischer Weichenstellungen ermöglichen. Die bisher spärliche Datenlage zum Kulturpublikum wollen wir durch ein umfassendes Modell zur empirisch-quantitativen Erfassung des Kultursektors verbessern. Kulturpolitik und Fachöffentlichkeit erhielten damit differenzierte Daten und Hintergrundinformationen (Kulturstatistik) zur Bewertung und Steuerung kulturpolitischer Maßnahmen bzw. zum Abbau von Teilhabebarrrieren.
184. **Kooperation von Museen stärken.** Wir setzen uns für die inhaltliche und örtliche Bündelung der Museen ein, um die Attraktivität für Besucher zu erhöhen. So begrüßen wir die Entwicklung eines „historischen/naturkundlichen“ Museumszentrums im Ravensberger Park, eines „Kunstdreiecks“ mit Kunsthalle, Kunstforum und Kunstverein und ein biologisch-ökologisches Zentrum mit Botanischem Garten, Bauernhausmuseum und Tierpark. Das Kulturmarketing soll Initiativen der jeweiligen Institutionen und Akteure für kulturelle und museale Leitsysteme, gemeinsame Ausstellungskonzepte und zentrales Veranstaltungsmanagement begleiten und unterstützen.
185. **CSD als Kulturevent fördern.** Der jährlich stattfindende und selbstorganisierte Bielefelder Christopher Street Day soll stärker als Kulturevent mit gesamtstädtischer Bedeutung bewertet und auch vermarktet werden. Wir wollen dafür werben, dass die Unterstützung des CSD noch breiter wird und auf alle gesellschaftlichen Akteure in der Stadt zugehen, um für Beteiligung zu werben.

186. **Kultur- und Kreativwirtschaft weiterentwickeln.** Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein wichtiges Wirtschaftsfeld der Stadt Bielefeld. Wir wollen unsere Bemühungen in diesem Wirtschaftszweig intensivieren, indem wir verwaltungs- und einrichtungsübergreifend Leitlinien zur systematischen und nachhaltigen Stärkung der Branche entwickeln und Kooperationen zwischen Wirtschaftsförderung, Hoch- und Berufsschulen und Kulturakteuren fördern.
187. **Kunst im öffentlichen Raum schützen und erweitern.** Wir wollen Richtlinien zu Kunst am Bau und Kunst im öffentlichen Raum formulieren und diese Formate fördernd begleiten. Wir ergänzen die Bestandsaufnahme der Kunstwerke im öffentlichen Raum im Rahmen des Regiopole-Projektes mit der Benennung eines Moderators/Ansprechpartners/Kümmersers /Kurators für Kunst im öffentlichen Raum, der in der Kulturverwaltung angesiedelt ist.
188. **Kulturveranstaltungen spontan anmelden.** Wir setzen uns für die Einführung einer Spontanmeldung musikalischer Tanz- und anderer Kulturveranstaltungen ein. Diese Anmeldung soll 24 bis 48 Stunden vor der Veranstaltung noch möglich sein. Hierfür soll ein Verzeichnis geeigneter Flächen soll das Kulturamt angelegt werden.
189. **Stadtteilkultur fördern.** Wir wollen die Kultur auch in den Stadtteilen fördern, denn Bielefeld besteht neben der Innenstadt auch aus vielen attraktiven Ortsteilen. Das hauptsächlich ehrenamtliche Engagement bei der Organisation von Stadtteilfesten oder in der Aufrechterhaltung und Verbesserung von Angeboten der Stadtteilbibliotheken soll stärker unterstützt werden und Wertschätzung erfahren. Dabei sind bürokratische Hürden zu minimieren.
190. **In der Region für die Kultur zusammenarbeiten.** Als Oberzentrum erfüllt Bielefeld viele kulturelle Funktionen in der Region. Durch Kooperationen mit Kulturinstitutionen in anderen Städten in OWL kann gemeinsam mehr erreicht werden. Wir wollen den Dialog mit anderen Kulturstädten aufnehmen und Termine von überregionalen relevanten Kulturveranstaltungen koordinieren und begleiten.



Soziales und Gesundheit

Selbstbestimmt in
allen Lebenslagen

MASK THERMAY
2000
EN149:2001+A1:2014
MIT2000 - FFP2

Soziales und Gesundheit – Selbstbestimmt in allen Lebenslagen

Die Herausforderung

Bielefeld zeichnet sich durch ein außerordentlich breites Sozialangebot und hohen Leistungsniveau im sozialen Bereich aus. Doch trotz aller Bemühungen und einzelnen positiven Entwicklungen nehmen die sozialen Herausforderungen nicht ab, sondern in den letzten Jahren sogar weiter zu: Fast jedes vierte Kind in Bielefeld lebt in einem Haushalt, der auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen ist. Der Anteil der betroffenen Kinder ist in den vergangenen Jahren weiter angewachsen. Dabei wird Armut noch viel zu häufig weitervererbt, denn nach wie vor hängt der Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen entscheidend vom sozialen Status und dem Bildungsgrad der Eltern ab.

Von den positiven Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt vor der Corona-Pandemie profitierten Langzeitarbeitslose nur geringfügig. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen nahm in den letzten Jahren ebenfalls zu. Außerdem leben immer mehr Menschen im Alter von Grundsicherung. Dies sind einige Beispiele, wo wir als Freie Demokraten Handlungsbedarf sehen. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie spannen nicht nur die kommunale Haushaltslage an, sondern gefährden viele Menschen in ihrer wirtschaftlichen Existenz. Dies stellt unseren Staat und Stadt vor weitere soziale Herausforderungen.

Den Wert einer funktionierenden Gesundheitsversorgung hat die Corona-Pandemie deutlich werden lassen. Der alternden Gesellschaft gerecht zu werden und sich auf Pandemien noch besser vorzubereiten sind die wesentlichen Herausforderungen im Gesundheitswesen.

Unser Kompass

Wir Freie Demokraten trauen den Menschen etwas zu – Kreativität, Fähigkeiten, Willen zu Leistung und Aufstieg. Unser Menschenbild: Die allermeisten Menschen wollen etwas leisten, für sich und für andere. Menschen haben nicht zu wenig Ehrgeiz, sie stehen vor zu vielen Hürden. Deshalb brauchen wir einen entfesselnden Sozialstaat. Seine zentrale Aufgabe wäre es, diese Hürden abzubauen. Ein entfesselnder Sozialstaat unterstützt die Bürger, sich unabhängig von ihrer Herkunft frei zu entfalten. Denn die große Mehrheit derer, die von der Solidargemeinschaft Hilfe bekommen, will nicht einfach nur versorgt werden: Sie wartet darauf, loslegen zu dürfen – und zwar ohne, dass ihnen der Staat weiter Steine in den Weg legt.

Unser Sozialstaat aber ist widersprüchlich. Zahlreiche seiner Instrumente schaffen neue Ungerechtigkeiten, sie binden und sie schränken ein, anstatt Chancen und Perspektiven zu schaffen. Das macht ihn teuer, ineffizient, intransparent und ungerecht. Gute Sozialpolitik zeichnet sich nicht allein dadurch aus, immer mehr Geld auszugeben. Stark ist der Sozialstaat dagegen, wenn er diejenigen zielgerichtet und mit passgenauen Angeboten unterstützt, die es noch nicht oder nicht mehr ohne die Unterstützung der Solidargemeinschaft schaffen und ihnen dabei Aufstiegschancen eröffnet.

Kommunale Gesundheitsämter haben eine große Verantwortung und erfüllen zentrale Aufgaben des Gemeinwesens. Wir treten daher für eine Stärkung der kommunalen Gesundheitspolitik ein.

Unsere Maßnahmen – was zu tun ist:

→ **Bessere Sozialpolitik für Bielefeld**

191. **Sozialpolitik als Querschnittsthema verstehen.** Soziale Herausforderungen lassen sich nicht allein mit sozialpolitischen Maßnahmen im originären Sinne begegnen. Es muss auch in allen anderen politischen Handlungsfeldern stets der sozialpolitische Blickwinkel mitgedacht werden. Eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik und qualitativ gute Bildungspolitik sind nur zwei Beispiele, die einen Beitrag zur Bekämpfung von sozialen Problemen leisten. So haben wir uns als Freie Demokraten bereits in der vergangenen Ratsperiode beispielsweise für die Schaffung eines vergünstigten Schultickets, kostenlosen Eintritt für Kinder in der Kultureinrichtungen und für eine Stärkung von Sprachangeboten stark gemacht. Wir wollen auch weiterhin Sozialpolitik als Querschnittsthema denken, daher wollen wir unter anderem auf eine stärkere Koordination sowie Absprache zwischen den Schul- und Sozialdezernat drängen. Darüber setzen wir uns dafür ein, einen institutionenübergreifenden Maßnahmenkatalog zu erarbeiten.
192. **Koordiniert und zielbewusst planen.** Gute Sozialpolitik zeichnet sich für uns auch dadurch aus, die begrenzten finanziellen Mittel der Stadt möglichst sinnvoll und zielgenau einzusetzen. Wir wollen alle sozialen Angebote und die Prozesse in der Sozialverwaltung systematisch erfassen, analysieren und vereinfachen. Doppelzuständigkeiten, Parallelarbeiten, Zugangsschwierigkeiten und vieles mehr, führen zu ineffizienten Ausgaben, die keinen sozialen Mehrwert bieten. Auch bei der Erfüllung von Pflichtaufgaben können Prozesse verschlankt und unnötige Bürokratie abgebaut werden, ohne dass die Hilfeleistungen für Bedürftige eingeschränkt werden. Unser Ziel ist es, dass durch eine koordinierte und zielbewusste Planung mehr Geld für sinnvolle Sozialmaßnahmen, die dem Einzelnen helfen, ausgegeben wird. Hierzu gehört auch eine effiziente Erfolgskontrolle. Diese steckt häufig noch in den Kinderschuhen.
193. **Trägervielfalt sichern und Arbeit der sozialen Träger stärken.** In Bielefeld gibt es viele Träger von im weitesten Sinne sozialen Maßnahmen, die eine sehr wertvolle Arbeit leisten. Es gibt jedoch trotzdem Verbesserungsbedarf bei der Transparenz und Koordination der Träger untereinander und bei den Evaluierungen der Projekte. Soziale Angebote, die freie Träger durchführen können, sollen konsequent und transparent ausgeschrieben werden. Sozialverbände sollen aufgrund ihrer fachlichen Expertise Vorrang vor der Selbsterbringung durch die Stadt haben. Die Kompetenz der Sozialverbände wollen wir stärker in den inhaltlichen Austausch mit der Sozialverwaltung bringen. Die Vergabe soll transparent und nach klaren Regeln erfolgen. Auf eine ausreichende Vielfalt unterschiedlicher Träger ist dabei zu achten.

194. **Sozialmittel verantwortungsvoll einsetzen – Experiment Grüner Würfel beenden.** Die letzten Jahre haben gezeigt, dass der Grüne Würfel auf dem Kesselbrink eine Fehlplanung ist. Um nun die Fehlinvestition zu kaschieren, wurde mit den Stimmen von SPD und Grünen beschlossen, dass in einer Übergangsphase offene Jugendarbeit im Grünen Würfel angeboten wird. Wir lehnen dieses Experiment ab. Kinder- und Jugendarbeit sollte nicht in unmittelbarer Nähe zur Drogendealerszene stattfinden. Zudem ist die Nutzung des Grünen Würfels durch die hohen Unterhaltskosten des Gebäudes übermäßig teuer, die Räumlichkeiten sind nicht gut geeignet und die Finanzierung aus dem Integrationsbudget ist nicht sachgerecht. An anderer Stelle könnte man mit den Geldern deutlich mehr für Jugendliche erreichen.
195. **Wirksamkeit von sozialen Leistungen sicherstellen.** Bei den freiwilligen Leistungen der Stadt wollen wir auf die Formulierung überprüfbarer Ziele durch die Verwaltung drängen. Durch Lernen von anderen Städten und mit Hilfe externer Experten wollen wir die Erfolgskontrolle verbessern. Damit wollen wir sicherstellen, dass die sozialen Maßnahmen der Stadt nicht an den eigentlichen Herausforderungen vorbeilaufen, sondern zielgenau ankommen.
196. **Sozialmittel nicht zweckentfremdet einsetzen.** Die Stadt erhält sowohl Landes-, Bundesmittel als auch Mittel aus öffentlichen Fördertöpfen. Es kam in der vergangenen Amtsperiode vor, dass die rot-grüne Koalition solche Mittel zweckentfremdet eingesetzt hat. Beispielsweise beim integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes (INSEK) in Baumheide, wo einer der kostenintensivsten Punkte die Modernisierung des Halhofs war, oder auch beim Mittelverwendung des Integrationsbudgets, bei dem großer Anteil in Projekte floss, die primär keinen Integrationszweck verfolgten. Wir setzen uns für eine transparente und zweckentsprechende Verwendung von öffentlichen Geldern ein, damit sie dort ankommen, wo sie hingehören.
197. **Initiativoffensive gegen Kinderarmut starten.** In Bielefeld ist die Kinderarmut in den vergangenen Jahren immer weiter angewachsen. Hinzukommt, dass Armut viel zu häufig weiter vererbt wird. Durch einen starken politischen Fokus auf Bildung möchten Kindern und Jugendlichen Aufstiegschancen und Perspektiven eröffnen. Gleichzeitig soll sich aus diesem Grund die Stadt verstärkt gegen Kinderarmut stark machen. Hierzu soll die Stadt eine gemeinsame Initiative mit den verschiedensten Akteuren, wie Schulen und soziale Träger starten, um Verbesserungsmöglichkeiten zu identifizieren und einen institutionenübergreifenden Maßnahmenkatalog zu erarbeiten.
198. **Schulsozialarbeit systematisch durchführen.** Wir wollen ein systematisches Konzept für die Schulsozialarbeit. Aufgaben, Ziele und Umfang je Schule müssen konsistent und nachvollziehbar im Zusammenwirken mit Schulleitung, Lehrerschaft, Eltern und Schülerinnen und Schülern festgelegt und auf die Stadt angewendet werden. Mit einer durch die Stadt moderierten Vernetzung zwischen den Schulsozialarbeitern aller

Träger und Schulen sollen Erfolgsbeispiele kommuniziert und ein Austausch vertieft werden.

199. **Bildung als Schlüssel.** Gut ausgestattete Schulen sind eine gute Sozialpolitik. Wir wollen neben unserer Prioritätensetzung auf Bildung insbesondere Schülerinnen und Schüler fördern und fordern, die keinen Schulabschluss erreichen konnten (siehe Kapitel Bildung).
200. **Analphabetismus bekämpfen.** Wir haben mehr funktionale Analphabeten in Bielefeld als wir glauben. Diesen Menschen, die kaum lesen und schreiben können, bleiben viele Chancen versagt. Jede Kommune ist von dieser Problematik betroffen. Wir setzen uns für einen Pakt von Schulen, Volkshochschulen, Betrieben und Sozialämtern ein, um gemeinsam funktionalen Analphabetismus beständig und nachhaltig zu bekämpfen. Migranten sind eine Zielgruppe, die verstärkt in den Fokus genommen werden soll.
201. **Offene Kinder- und Jugendarbeit stärken.** Wir setzen uns für den Erhalt und die Entwicklung bedarfsgerechter Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit der Verbände ein. Neben den Betreuungseinrichtungen bieten sie pädagogisch sinnvolle Freizeitangebote an und leisten insbesondere in Vierteln mit erhöhtem Entwicklungsbedarf unverzichtbare Beiträge zur Integration.
202. **Politische Neutralität gewährleisten.** Wir wollen, dass Kinder- und Jugendbetreuungsleistungen, wie zum Beispiel in der OGS und der offenen Jugendbetreuung, nicht ideologie- und politiknah erfolgen. Nichts spricht gegen politische Bildung, allerdings muss diese die stets politisch-weltanschaulich neutral erfolgen, damit sich Kinder und Jugendliche frei entwickeln können. Um dies zu gewährleisten, sollen die Träger mit Hilfe eines Kodex zur politischen Neutralität verpflichtet werden.
203. **Entwicklungsgesellschaft REGE evaluieren und weiterentwickeln.** Die Entwicklungsgesellschaft REGE befasst sich aktuell mit einem sehr diversen Aufgabenspektrum. Wir wollen dies evaluieren und prüfen, welche Aufgaben sinnvoll bei der REGE aufgehoben sind. Unter anderem wäre eine stärkere Fokussierung auf die Einbindung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt zu prüfen.
204. **Kinder besser schützen.** Im Rahmen eines Gesamtkonzeptes „Schutz vor Gewalt gegen Kinder“ wollen wir verbindliche Qualitätsstandards im Bereich Prävention von und zum Schutz vor sexualisierter Gewalt entwickeln und für die Kinder- und Jugendarbeit in Bielefeld vereinbaren. Die Umsetzung bei Angeboten der freien Träger wollen wir zum Bestandteil der Leistungsvereinbarungen zwischen der Stadt Bielefeld und den freien Trägern machen.

➔ **Mehr Chancen für Menschen mit Behinderung schaffen**

205. **Wahlfreiheit der Lebensentwürfe ermöglichen.** Menschen mit Behinderung sollen Wahlfreiheit über die individuelle Gestaltung des eigenen Lebens haben. Wir möchten, dass Menschen mit Behinderung soweit wie möglich selbst über die Form der Leistungserbringung an sie entscheiden und wollen uns zudem für die Wahlfreiheit zwischen stationärer Einrichtung, betreutem Wohnen und Wohngemeinschaften einsetzen.
206. **Verbesserte Begleitung volljähriger Menschen mit Behinderungen in Hilfesysteme.** Die soziale und medizinische Betreuung von Kindern mit Handicap ist oft gut organisiert. Im Mittelpunkt der Inklusionsdebatte steht immer noch die schulische Inklusion (siehe Kapitel Bildung). Mit Erreichen der Volljährigkeit stehen die bekannten Ansprechpartner und Hilfesysteme jedoch nicht mehr zur Verfügung und die Betroffenen und ihre Familien müssen sich mühsam ein neues Hilfesystem aufbauen. Dabei ist die Berufsausübung ein wichtiger Aspekt gesellschaftlicher Teilhabe. Wir wollen eine Begleitung zur Unterstützung der Betroffenen, die gut über freie Träger organisiert werden kann. Mehr Menschen mit Behinderung sollen den Weg aus den Behindertenwerkstätten in Integrationsunternehmen oder auf den ersten Arbeitsmarkt finden. Dabei stehen Selbstbestimmung und Inklusion im Vordergrund. Jeder Mensch mit Handicaps soll individuell gefördert und ein passendes Arbeitsangebot erhalten. Damit das gelingt, brauchen viele Unternehmen entsprechende Unterstützung.
207. **Barrierefreiheit schaffen.** Als Freie Demokraten setzen wir uns für eine echte Barrierefreiheit in Bielefeld im kompletten öffentlichen Raum ein (siehe auch Kapitel Stadtentwicklung). Das schließt auch die Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung ein. Öffentliche Gebäude wollen wir noch besser für sehbehinderte Menschen zugänglich machen. Dafür wollen wir alle öffentlichen Gebäude der Stadt Bielefeld durchgängig mit Tafeln in Braille-Schrift ausstatten und zusätzlich die Installation einer optischen Wegeführung durch ein gut sichtbares Farbleitsystem prüfen.

→ **Gesundes Bielefeld – Wichtiger denn je**

208. **Wohnortnahe medizinische Versorgung sicherstellen.** Gerade in Außenbezirken ist die Versorgung mit Haus-, Kinder- und Frauenärztinnen und -ärzten häufig nicht zufriedenstellend. Wir wollen, dass sich Ärztinnen und Ärzte in der Nähe der Wohnorte der Bielefelderinnen und Bielefelder neu ansiedeln und dort auch bleiben. In Kooperation mit der kassenärztlichen Vereinigung ist eine Maßnahmenplanung zur Anwerbung von Ärztinnen und Ärzten zu konzipieren und umzusetzen.
209. **Vorbereitung auf Pandemien verbessern.** Die Verbreitung des Coronavirus hat gezeigt, wie verletzlich das öffentliche Leben ist. Darauf muss Bielefeld zukünftig besser vorbereitet sein. Wir brauchen einen schlagkräftigen und agilen öffentlichen Gesundheitsdienst. Um auf Krisenlagen künftig schneller und effizienter reagieren zu können, soll ein konkreter Pandemieplan für Bielefeld erstellt werden. Grundlage ist ein Runder Tisch, der im Nachgang zur Corona Pandemie die Ergebnisse zusammenträgt, Verbesserungsmöglichkeiten identifiziert und auf dieser Basis neue Richtlinien für die Krankenhäuser, Praxen und die Notfallversorgung erarbeitet.

210. **Drogenkonzept fortlaufend weiterentwickeln.** Durch die bestehenden Drogenkonsumräume, die Substitutionsambulanz, das Methadon-Programm und verschiedene Suchtberatungen stehen vielfältige Möglichkeiten der Betreuung und Beratung der drogenabhängigen, kranken Menschen zur Verfügung. Wir wollen, dass das Drogenkonzept der Stadt Bielefeld laufend an die aktuelle Situation angepasst und aktualisiert wird. Dazu ist die regelmäßige Evaluierung notwendig ebenso wie eine intensive Beratung, um die Situation der Betroffenen zu lindern und Hilfsmöglichkeiten zu eröffnen.
211. **Cannabis in Apotheken.** Cannabis ist die am häufigsten genutzte illegale Droge. Oft handelt es sich um einen nur gelegentlichen Konsum. Ohne die Augen vor möglichen gesundheitlichen Schäden zu verschließen, wollen wir ein Hauptgeschäftsfeld für kriminelle Dealer trockenlegen. Wir wollen, dass Erwachsene in Bielefeld Cannabis in speziell dafür zugelassenen Apotheken erwerben können. Wir werden uns für eine entsprechende gesetzliche Regelung einsetzen und wollen zudem prüfen, ob dies über einen Modellversuch möglich ist.
212. **Mehr Kurzzeitplätze in der Pflege schaffen.** Der Bedarf an Kurzzeitpflege nimmt weiter zu. Sie ermöglicht, dass Pflegebedürftige länger in ihrer vertrauten Umgebung leben können, da so im Falle einer Erkrankung oder nach einem Krankenhausaufenthalt der vorübergehend erhöhte Betreuungsbedarf abgedeckt werden kann. Für pflegende Angehörige ist die Kurzzeitpflege zudem eine ganz wichtige Entlastung. In Bielefeld stehen 271 Plätze für die Kurzzeitpflege zur Verfügung. Das ist ein Platz für rd. 52 Pflegebedürftige. Im NRW-Vergleich (31,4) ist Bielefeld damit schlechter aufgestellt. Im Rahmen der kommunalen Pflegeplanung setzen wir uns daher für einen Ausbau der Kurzzeitpflege ein. Innovative Vergütungsmodelle sind hierfür zu prüfen.
213. **Heimaufsicht verbessern.** Die Vorgänge um den Legionellenbefund und damit zusammenhängende Erkrankungen und Todesfälle in einem Seniorenheim in Baumheide haben gezeigt, dass die kommunale Heimaufsicht ihrem Auftrag nicht gerecht werden konnte. Wir wollen die Vorgänge auch durch Externe untersuchen lassen, Verbesserungsmöglichkeiten identifizieren und umsetzen.
214. **Handwerkerparkausweis auch für ambulante Pflegedienste einführen.** Wir wollen ambulanten Pflegediensten Parkausweise zur Verfügung stellen, damit Pflegekräfte die zu betreuenden Klienten schnell und ohne finanzielle Einbußen erreichen können.
215. **Pflegende Angehörige stärken.** Selbsthilfegruppen und Beratungsangebote für pflegende Angehörige wollen wir fördern und prüfen, wie wir Angehörige besser in den Planungsprozess zur Pflege integrieren können.
216. **Aufklärung, Prävention und Früherkennung bei psychischen Erkrankungen stärken.** Psychische Erkrankungen sind häufig und werden oft unterschätzt. Darüber hinaus sind sie immer noch mit hohen Tabus und Stigmata belegt. Oft kommt es zu einem

Suizid. Studien haben zeigen können, dass die Suizidrate im Rahmen einer Aufklärung rückläufig war, aber wieder ansteigt, als die Aufklärungsaktivitäten beendet waren. Wir wollen in der kommunalen Gesundheitskonferenz diskutieren, wie Aufklärung, Prävention und Früherkennung bei psychischen Erkrankungen durch kommunale Maßnahmen verbessert werden kann.

217. **Hebammenausbildung in Bielefeld ermöglichen.** Bielefeld ist eine wachsende Stadt mit einer steigenden Zahl von Geburten. Die Mütter benötigen die Unterstützung von Hebammen vor, während und nach der Geburt. Aber durch hohe Versicherungsbeiträge haben viele freie Hebammen ihre Tätigkeit reduziert oder ganz aufgegeben. Durch die Akademisierung der Ausbildung ergibt sich für Bielefeld die Möglichkeit, durch den Aufbau einer eigenen Ausbildungsstätte einen Klebeffekt auszulösen. Wir wollen es daher zu einem gesundheitspolitischen strategischen Ziel machen, eine akademische Ausbildung zum Hebammenberuf in Bielefeld zu ermöglichen. Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Hebammen wollen wir einen speziellen Parkausweis für Hebammen einführen.



Integration und

Gleichstellung

Bielefeld, die moderne

Heimatstadt

Integration und Gleichstellung – Bielefeld die moderne Heimatstadt

Die Herausforderung

Heimat ist, wo man verwurzelt ist und wo man neue Wurzeln schlagen kann. Bielefeld ist eine weltoffene Stadt, die Platz für diverse Lebensentwürfe und religiöse Vielfalt hat. Diese Toleranz und Weltoffenheit ist immer wieder herausgefordert und muss neu verteidigt werden.

Die überwältigende Mehrheit zugewanderter Menschen lebt integriert und selbstverständlich in unserer Gesellschaft. Nicht zuletzt aufgrund der demographischen Entwicklung und des Fachkräftemangels ist Deutschland auch weiterhin auf Einwanderung angewiesen. Strukturelle Benachteiligung wie u.a. hohe Arbeitslosigkeit, schlechte Schul- oder Berufsausbildung, mangelhafte Sprachkenntnisse oder fehlende soziale Kontakte und Bindungen zu der Mehrheitsgesellschaft verhindern bei einigen die Integration. Für viele der in der letzten Einwanderungswelle in Bielefeld angekommenen Menschen muss der Übergang von einer ersten Orientierung und Betreuung zu einem eigenständigen Leben noch erfolgen, dies ist für die Integration die entscheidende Herausforderung.

Unser Kompass

Wir wollen Anziehungspunkt für alle sein, die ihr Leben in die eigene Hand nehmen, die bereit sind zur Integration und damit einen positiven Beitrag für das Zusammenleben leisten. Internationalität begreifen wir als Schlüssel für die Entwicklung Bielefelds zu einer europäischen Stadt, die weiß woher sie kommt. Offen für Neues, aber auch ein klares Bekenntnis zur Pflege von Bielefelder Traditionen – so gelingt die moderne Heimatstadt.

Wir lehnen jede Form von Rassismus, Extremismus, Homophobie und Antisemitismus ab. Eine freie Stadtgesellschaft funktioniert nur, wenn jeder anderen Freiheit gewährt und sie gleichberechtigt leben lässt. Gegnern dieser Maxime werden wir, unabhängig von ihrer ethnischen oder kulturellen Zugehörigkeit, entschieden widersprechen. Als Richtschnur unseres freien Zusammenlebens sehen wir unser Grundgesetz an.

Menschen mit nicht-deutscher Muttersprache und tiefen Bezügen zu anderen Kulturräumen sehen wir zuerst als eine große Bereicherung und eine große Chance für unsere Stadt. Für uns ist es selbstverständlich, dass alle, egal welcher Herkunft, die gleichen Rechte und Pflichten genießen. Wir fragen nicht, wo jemand herkommt, sondern wo jemand hinwill. Gute Kenntnisse der deutschen Sprache sind Grundvoraussetzung für Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft. Daher unterstützen wir alle Maßnahmen, die zum Erlernen der deutschen Sprache beitragen, ohne dass Kinder aus Zuwandererfamilien ihre Mehrsprachigkeit aufgeben.

Das Bemühen von Integration ist keine Einbahnstraße. Eine offene und pluralistische Gesellschaft kann nur gelingen, wenn das ethnische und kulturelle Anderssein akzeptiert wird. Wir

haben Respekt vor alternativen Lebensentwürfen und vor unterschiedlichen Glaubensüberzeugungen. Wir sind aber auch gegen Parallelgesellschaften von Migranten innerhalb unserer Gesellschaft.

Bielefeld ist offen für vielfältige Lebensentwürfe. Ob sexuelle Orientierung und Identität, religiöses Bekenntnis und Praxis, oder körperliche Besonderheiten – wir möchten in einer toleranten und inklusiven Stadt leben. Wir setzen uns für die Anerkennung und Wertschätzung von selbstgewählten Lebensentwürfen und angeborenen Identitäten ein. Niemand darf für seine Individualität angefeindet oder ausgegrenzt werden. Dies gilt auch für politische Grundüberzeugungen, die solange sie andere achtet, nicht zu Ausgrenzungen führen darf. Politik für Diversität ist nicht nur eine Sorge um Minderheiten, es geht um die Wertschätzung und die Freiheit aller Menschen.

Unsere Maßnahmen – Was zu tun ist:

→ Zuwanderer integrieren

218. **Für Geflüchtete und Migranten eine Stadt der Ankunft sein.** Sowohl Sprach- wie auch Integrationskurse müssen niedrigschwellig, aber auch verpflichtend für jeden angeboten werden. Neben dem Spracherwerb, müssen auch die Grundlagen unseres Staates und Grundgesetzes vermittelt werden - dazu gehören die Stellung der Frau, von LSBTI+ Personen und der Respekt von jeglichen religiösen Gruppen zueinander.
219. **Sprachförderung ist der Integrationsschlüssel.** Wir wollen alle Möglichkeiten mobilisieren, damit alle Kinder so umfassend, so schnell und so zeitnah wie möglich Deutsch lernen. Dazu brauchen wir bedarfsdeckende Klassen mit Deutsch als Fremdsprache (DaF), in denen geschultes Personal arbeitet, sowohl an Grundschulen als auch an weiterführenden Schulen. Aber auch in den Kitas muss verstärkt Deutsch gelernt werden. Als weiterer Baustein kann das Potenzial älterer Bürgerinnen und Bürger genutzt werden. Tandempartnerschaften zwischen Senioren und Geflüchteten halten wir dabei für einen sinnvollen Weg. Darüber hinaus wollen wir, dass mit aufsuchender Sozialarbeit nicht integrierten Menschen Perspektiven der Integration und damit neue Chancen aufgezeigt werden.
220. **Herkunftssprache fördern.** Die Forschung zur Mehrsprachigkeit hat deutlich herausgearbeitet, dass für Kinder, die Deutsch als Zweitsprache erwerben, die richtige Beherrschung der Muttersprache eine wichtige Voraussetzung ist. Wir möchten, dass diese Kinder zwei Sprachen gut beherrschen und nicht beide schlecht. Diese Förderung muss so früh wie möglich erfolgen. Wir fordern daher neben dem Ausbau des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts in den Schulen (siehe Kapitel Bildung) den Ausbau von herkunftssprachlich-bilingualen Kita-Gruppen.
221. **Besuch von Integrationskursen vereinfachen.** Um den Besuch von Integrationskursen für junge Mütter zu vereinfachen, sollten Kinderbetreuungsangebote zu einer ausreichenden Anzahl von Kursen angeboten werden.

222. **Einbürgerungen erleichtern und feiern.** Der Erwerb der Deutschen Staatsbürgerschaft ist zumeist Ausweis einer gelungenen Integration und auch ein wichtiger Meilenstein in der jeweiligen Lebensgeschichte. Als aufnehmende Gesellschaft freuen wir uns über den Wunsch, die Staatsbürgerschaft anzunehmen. Wir wollen hierzu einmal im Jahr ein Einbürgerungsfest im Rathaus veranstalten, um in einer würdevollen und festlich-fröhlichen Veranstaltung die neuen Deutschen willkommen zu heißen. Die Möglichkeit der Einbürgerung wollen wir in der Öffentlichkeit bekannter machen.
223. **Gründungen fördern Integration.** 25% aller Unternehmensgründungen erfolgen in Bielefeld durch Menschen mit Migrationshintergrund. Wir wollen, dass die städtische Wirtschaftsförderung Unternehmensgründungen an dieser Stelle zusätzlich stimuliert. Beratung und Werbung für die Selbstständigkeit kann hier viel Unternehmergeist freisetzen. Dafür sind zielgruppengerechte Angebote eine Erfolgsvoraussetzung (siehe Kapitel Wirtschaft).
224. **Keine Zweckentfremdung von Integrationsmitteln mehr.** Gleich nach ihrem Amtsantritt hat die schwarz-gelbe Landesregierung die Mittel des Bundes direkt und nicht mehr gekürzt als Integrationspauschale an die Kommunen geleitet. Dieses Budget wollen wir auch für Integrationsprojekte mit den Schwerpunkten Spracherwerb und Existenzgründung einsetzen. Integration ist eine Schlüsselaufgabe für unsere Stadt. Daher wollen wir die Praxis beenden, dass die Integrationspauschale als „Feuerwehrtopf“ für alle möglichen Maßnahmen wie z.B. für Nachfolgenutzungen am Grünen Würfel zweckentfremdet eingesetzt wird. Über die Verwendung der Integrationspauschale soll einmal im Jahr detailliert im Integrationsrat berichtet werden, der zu den einzelnen Projekten Stellung nehmen und eigene Ideen einbringen soll.
225. **Vielfalt im öffentlichen Dienst fördern.** Die Vielfalt unserer Gesellschaft sollte sich auch in der personellen Struktur des öffentlichen Dienstes widerspiegeln. Leider nehmen viele Menschen mit Migrationshintergrund einen Beruf im öffentlichen Dienst nicht als Möglichkeit für sich selbst wahr. Eventuelle Hemmschwellen müssen mit gezielten Werbeaktionen an Bielefelder Schulen abgebaut werden.
226. **Integrationsrat stärken.** Die Mittel für die Arbeit des Integrationsrates wollen wir erhöhen und proaktiv mit dieser Vertretung zusammenarbeiten. Maßnahmen zur Erhöhung der Wahlbeteiligung wollen wir fördern.
227. **Israelbezogenen Antisemitismus auch in Bielefeld bekämpfen.** Analog zum Beschluss des Landtags NRW und des Rats der Stadt Bielefeld sprechen wir uns weiterhin dafür aus, dass auch in Bielefeld der vom Bundestag als antisemitisch eingestufte BDS-Kampagne ("Boycott, Divestment and Sanctions"), die international zu Boykottaktionen gegen Israel aufruft, keine städtischen Räumlichkeiten, zum Beispiel an Schulen, zur Verfügung gestellt werden und keine Veranstaltungen der BDS-Kampagne oder von Gruppierungen, die die Ziele der BDS-Kampagne verfolgen, unterstützt oder gefördert werden.

228. **Unterstützung von Migrantenselbstorganisationen strukturell ausbauen.** Migrantenselbstorganisationen sind ein starker und wichtiger Beitrag für eine gelingende Integration. Wir wollen diese fördern und wo möglich besser vernetzen. Ihr Engagement wollen wir stärker durch die Stadtspitze anerkennen und unterstützen.
229. **Erinnerung an Gastarbeitergeneration pflegen.** Den Beitrag der sog. Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter zu unserer Gesellschaft wollen wir dokumentieren und dadurch anerkennen. Daher regen wir an, dass das Historische Museum die Spuren der Geschichte der Gastarbeitergeneration sammelt und archiviert, damit Ausstellungen u.Ä. zu diesem wichtigen Kapitel der Stadtgeschichte zusammengestellt werden können.
230. **Freie Religionsausübung gewährleisten.** In Bielefeld lebt eine wachsende Zahl von gläubigen Muslimen unterschiedlicher Herkunft. Die FDP tritt dafür ein, dass sie die Möglichkeit erhalten, für sich angemessene Gebetsräume zu schaffen. Für die Akzeptanz von Moscheen in der nicht-muslimischen Mehrheitsgesellschaft ist ein umfassender Dialog hilfreich. Er dient dazu, Ängste und Vorbehalte abzubauen und trägt zum fairen Miteinander von Christen, Muslimen, Juden, Anders- und Nichtgläubigen bei.
231. **Jüdisches Leben in Bielefeld fördern.** Wir wollen Projekte des Kennenlernens des modernen Judentums in unserer Stadt fördern. Hierzu wollen wir den Austausch zwischen Stadtgesellschaft und Jüdischer Gemeinde verstärken. Schüleraustausche mit unserer israelischen Partnerstadt Nahariya zu initiieren und zu stärken, fördert ein lebendiges Miteinander. Die Erinnerung an jüdisches Leben in Bielefeld vor dem Holocaust und an die Shoa selbst wach zu halten und zu fördern, ist für unsere Stadt bleibende Verpflichtung. Wir sprechen uns entschieden gegen jede Form von Antisemitismus aus.

→ Hilfe für Geflüchtete

232. **Geflüchteten Unterkunft und Perspektive geben.** Für uns Freie Demokraten ist es eine humanitäre Verpflichtung, Menschen, die vor Verfolgung, Terror oder Krieg flüchten, Schutz zu bieten. Geflüchtete Menschen, die zu uns kommen, müssen menschenwürdig untergebracht werden. Wir setzen uns für eine dezentrale Unterbringung und eine gleichmäßige Verteilung über die Stadtbezirke ein.
233. **Keine gesonderten Aufnahmen.** Bielefeld kommt seinen Verpflichtungen bei der Unterbringung von Geflüchteten seit Jahren vorbildlich nach. Dies wollen wir beibehalten. Gesonderte Erklärungen zu zusätzlichen Aufnahmen führen durch das System der Zuweisungsquoten zu einer verringerten Aufnahme von Geflüchteten in anderen Städten. Wir lehnen solche Symbolpolitik ab.
234. **Integration für Integrationswillige, Abschiebung für Integrationsunwillige.** Wer bei uns arbeiten und seinen Lebensunterhalt verdienen möchte, soll daran nicht durch

Arbeitsverbote gehindert werden. Ganz im Gegenteil: Voraussetzung für ein dauerhaftes Bleiberecht ist die Bereitschaft, sich in unsere Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dies wollen wir wo immer möglich fördern. Wird ein Asylgesuch abgelehnt und ist kein Integrationswille erkennbar oder liegen sogar Straftaten vor, wollen wir aber eine konsequente und zügige Rückführung durchführen.

→ **Bielefeld international**

235. **Pflege der Städtepartnerschaften deutlich ausbauen.** Die Partnerschaften Bielefelds mit anderen Städten auf der ganzen Welt bieten eine gute Chance, die Perspektiven zu erweitern und Vorurteile abzubauen. Diese Chancen müssen viel engagierter ergriffen werden. Die Vereine, die sich mit viel ehrenamtlichem Engagement um die Pflege der Beziehungen zu ihren Partnern kümmern, wollen wir besser unterstützen.
236. **Die Städtepartnerschaften systematisieren und strategisch planen, auf Einhaltung der Menschenrechte achten.** Die Möglichkeiten, kulturelle und wirtschaftliche Vorteile aus Städtepartnerschaften zu erzielen, wollen wir strategisch in der Verwaltung steuern. Hierzu gehört auch, bei den Partnerstädten auf die Einhaltung von Menschenrechten hinzuwirken. In Fragen der Diskriminierung aufgrund sexueller Identität sehen wir aktuellen Handlungsbedarf.
237. **Zur Stärkung westlicher Werte beitragen: Neue Partnerschaften mit taiwanesischer bzw. us-amerikanischer Großstadt prüfen.** Taiwan ist eine prosperierende, die Menschenrechte wahrende Demokratie, die massiven Einschüchterungsversuchen Chinas und diplomatischer Isolation unterworfen ist. Wir wollen durch eine Partnerschaft ein Zeichen der Solidarität geben und gleichzeitig durch einen Austausch auf technischer, kultureller, wirtschaftlicher und administrativer Ebene auf Augenhöhe Neues lernen. Ebenso bekennen wir uns zur transatlantischen Partnerschaft, die den gegenwärtigen US-Präsidenten überdauern muss. Die USA stehen uns näher als China. Als Bielefelder können wir durch eine Partnerschaft mit einer us-amerikanischen Großstadt dieses Bündnis stärken und einen für beide Seiten vorteilhaften kulturellen und wirtschaftlichen Austausch beginnen. Beide Möglichkeiten wollen wir durch die Verwaltung prüfen und bei gegenseitigem Interesse verfolgen.
238. **Wir unterstützen die Initiative der FDP in Ostwestfalen-Lippe,** für OWL eine Partnerschaft mit einer Region in Großbritannien einzugehen. Unsere bestehende Partnerschaft zu Rochdale könnten wir ggf. ebenso einbringen, wie die mannigfaltigen Beziehungen zwischen Bielefeld und Großbritannien. Nach Abzug der britischen Armee und dem Brexit wollen wir die Beziehungen zum Vereinigen Königreich über eine solche Regionspartnerschaft sichern.
239. **Mehr Schüleraustausch mit Partnerstädten.** Das Kennenlernen neuer Kulturen und die Begegnung mit ihren Menschen ist eine wertvolle Erfahrung und bester Garant für eine weltoffene und tolerante Haltung. Das Netz unserer Partnerstädte sollten wir

intensiver hierfür nutzen. Der Aufbau und die Unterstützung direkter Schulkontakte muss verstärkt und systematisiert werden.

240. **Zweisprachigkeit der Verwaltung ausbauen.** Wir wollen englische Sprachangeboten in der Verwaltung ausbauen, damit sich etwa ausländische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Bielefelder Unternehmen in unserer Stadt schneller wohl fühlen und leichter zu Recht finden. Der Erwerb englischer Sprachkenntnisse soll daher ein Schwerpunkt der Fortbildung der Verwaltungsmitarbeiter sein. Ziel ist eine vollständig zweisprachige Verwaltung.

→ **LSBTIQ* gleichstellen**

241. **Kommunales Gleichstellungskonzept weiterverfolgen.** Wir haben 2017 das kommunale Gleichstellungskonzept befürwortet und wollen dieses weiterverfolgen und ausbauen. Dieses Programm u.a. für die Bereiche Soziales, Wohnen, Gesundheit, Jugend ist ein vom Rat beschlossenes Maßnahmenpaket. Wir setzen uns für eine zeitnahe Umsetzung der Maßnahmen ein und wollen den Prozess intensiv politisch begleiten. Eine jährliche Berichterstattung im Hauptausschuss des Rates stellt dies sicher. Besonders wichtig ist uns die Unterstützung ehrenamtlichen Engagements.
242. **Ehrenamtliches Engagement fördern.** Es gibt in Bielefeld eine Vielzahl an freien Hilfs-, Beratungs- und Betreuungsinstitutionen von LSBTIQ* Vereinen und Initiativen (LSBTIQ*: Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter* und Queers). Diese wollen wir weiter unterstützen und fördern. Durch die Schaffung einer Anlaufstelle innerhalb der Stadtverwaltung ist eine Verstetigung dieses privaten Engagements erreicht worden.
243. **CSD stärker herausstellen.** Der jährlich stattfindende und selbstorganisierte Bielefelder Christopher Street Day soll stärker als Kulturevent mit gesamtstädtischer Bedeutung bewertet und auch vermarktet werden. Bielefeld Marketing kann sich hier umfassender einbringen. Wir wollen dafür werben, dass die Unterstützung des CSD noch breiter wird und auf alle gesellschaftlichen Akteure in der Stadt zugehen, um für Beteiligung zu werben. Der politische Charakter der Veranstaltung soll dabei nicht in Frage gestellt werden.
244. **Fachstelle in Bielefeld ansiedeln.** Die NRW-Koalition hat das Engagement zur Gleichstellung von LSBTIQ* in NRW deutlich verstärkt. Bielefeld soll sich dabei weiter einbringen und sich insbesondere um die Ansiedlung einer Landesfachstelle im Bereich LSBTIQ* bemühen. Eine Möglichkeit könnte aus dem Befragungsprojekt „NRW LSBTIQ* inklusiv“ entstehen, bei der LSBTIQ* mit Behinderungen, chronischen, psychischen und sonstigen Beeinträchtigungen in Bielefeld als Modellstadt befragt worden sind.

245. **Räume für LSBTIQ*-Veranstaltungen und Beratung zur Verfügung stellen.** Wir wollen den städtischen Raumbestand auf Nutzungsmöglichkeiten für ehrenamtlich organisierte Angebote für LSBTIQ* überprüfen, da insbesondere Beratungsmöglichkeiten fehlen.

Sicherheit

Der starke Rechtsstaat

beginnt vor Ort!

POLIZEI

OLIZE

Sicherheit – Der starke Rechtsstaat beginnt vor Ort

Die Herausforderung

Wer sich in Bielefeld auf den Straßen und auf den Plätzen oder auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln bewegt, soll dies angstfrei tun können. Sicherheit ist ein Grundbedürfnis in einer Stadt. Bielefeld ist eine relativ sichere Stadt, soll es aber auch bleiben. Vor allem im öffentlichen Raum z.B. im Bahnhofsumfeld hat sich die gefühlte und tatsächliche Sicherheit in den letzten Jahren allerdings verschlechtert. Rot-Grün hat zu lange mit Maßnahmen gewartet und ist vor allem bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nicht konsequent. Das Rechtsempfinden vieler Bürgerinnen und Bürger wird beeinträchtigt, wenn die Parkräume immer intensiver bewirtschaftet werden, bei bestimmten Personengruppen Teile des Ordnungsrechtes aber gar nicht mehr durchgesetzt werden. Wir sehen im Bereich kommunaler Sicherheits- und Ordnungspolitik weiteren Verbesserungsbedarf, zumal unsere Initiativen und Vorschläge in diesem Themengebiet von Rot-Grün allenfalls spät und oft nur teilweise aufgenommen wurden.

Unser Kompass

Wir wollen das Sicherheitsgefühl aller Bielefelder Bürgerinnen und Bürger stärken. Die beste Sicherheitspolitik ist präventiv. Wer bildungsfern aufwächst und keine Arbeit findet, ist auf Dauer chancenlos und wird schneller straffällig als Menschen, die ihren Platz im Leben gefunden haben. Den Dreiklang aus „bildungslos, joblos, chancenlos“ muss durchbrochen werden. Mit Sprachförderung, Bildung und Sport schaffen wir Lebens- bzw. Berufsperspektive und vermeiden dadurch das Abgleiten in Kriminalität.

Gesellschaftliche Entwicklungen stellen immer wieder neue Herausforderungen an die Gewährleistung von Sicherheit. Liberale Sicherheitspolitik bedeutet, ausgewogene Lösungen zu finden, ohne dabei die Grundrechte auf Leben, körperliche Unversehrtheit, Eigentum, Freiheit und informationelle Selbstbestimmung gegeneinander auszuspielen, sondern zwischen diesen abzuwägen. Der Schutz und die Durchsetzung des Rechtsstaats sind uns ein zentrales Anliegen, wir wollen dabei aber eine offene und freie Stadt bleiben, in der Freiheitsrechte nicht beengt werden.

Unsere Maßnahmen- Was zu tun ist:

246. **Recht durchsetzen, Brennpunkte sicherer machen.** Seit Jahren kommen Orte wie die Tüte, der Treppenplatz und der Kesselbrink nicht mehr aus den Schlagzeilen. Der massive Missbrauch von Alkohol und Drogen an diesen Plätzen ist ein Ausgangspunkt für Ordnungswidrigkeiten und Straftaten. Wir wollen hier ganzheitlich Konzepte umsetzen: Hilfen für Süchtige, konsequentes Vorgehen gegen Personen, die sich nicht an bestehende Gesetze und Verordnungen halten sowie Verhinderung einer zunehmenden Vermüllung und Verwahrlosung dieser Plätze durch stetige Reinigung.

247. **„No-Go-Areas“ verhindern.** Wir wollen sog. „Angsträume“ wie etwa Unterführungen und „dunkle Ecken“ unter anderem durch ausreichende Beleuchtung vermindern. Wir brauchen dazu eine Bestandsaufnahme von Unterführungen und Gehwegen, gerade auch in den Wohnquartieren, die fehlende Beleuchtungen aufweisen. In Kooperation mit moBiel ist ein Beleuchtungs- und Sichtkonzept zu erarbeiten, wie die Zuwege zu den Haltestellen sicherer gemacht werden können.
248. **Geschwindigkeitskontrollen zur Unfallvermeidung und nicht zur Haushaltsaufbesserung durchführen.** Intelligente Geschwindigkeitskontrollen und -beschränkungen gehören an Schulen, Kindergärten und ähnlichen Einrichtungen in Schwerpunktzeiten zur Steigerung der Verkehrssicherheit. Sie sind kein Mittel zur Haushaltskonsolidierung. Wir wollen daher Geschwindigkeitskontrollen auf tatsächliche Unfallschwerpunkte konzentrieren.
249. **Sauberkeit an Müllsammelstellen gewährleisten.** Aus Müllsammelstellen entwickeln sich häufig verwahrloste Flecken. Wir wollen, dass diese Problemstellen häufiger angefahren werden. Auch eine Schließung oder Verlegung problematischer Sammelstellen ist zu prüfen.
250. **Ordnungsamt stärken durch bessere Struktur.** Eine Verwaltung darf sich nicht selber im Wege stehen. Wir wollen hier durch die Konzentration / Umstrukturierung von Außendiensten Synergieeffekte erzielen. So können beim Außeneinsatz möglichst viele Dinge zusammen erledigt werden.
251. **Ordnungsamt stärken durch bessere Qualifikation und mehr Personal.** Die immer größer werdenden Aufgaben und Anforderungen werden zu Neueinstellungen gut ausgebildeter Außendienstmitarbeiterinnen und -mitarbeiter führen müssen. Wir wollen durch ständige Fortbildung und Qualifizierung den bestehenden Mitarbeiterstamm fit machen für seine Arbeit.
252. **Ordnungsamt stärken durch bessere Ausrüstung und Ausstattung.** Wir wollen in die Ausrüstung und Ausstattung der Mitarbeiter investieren und mit einem modernen Fuhrpark die ständige Einsatzbereitschaft gewährleisten. Der Außendienst des Ordnungsamts soll als solcher erkennbar sein. Er übernimmt keine originär polizeilichen Aufgaben. Die Dienstkleidung und Ausrüstung wollen wir in enger Abstimmung mit den Beschäftigten überprüfen und jeweils der Einsatzlage anpassen.
253. **Ordnungsamt stärken durch längere Einsatzzeiten.** Wir wollen die Dienstzeiten des Ordnungsamtes erweitern: Sicherheit durch Mitarbeiter des Ordnungsamtes muss rund um die Uhr gewährleistet sein.
254. **Ordnungsamt stärken durch Partnerschaft.** Die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Polizei im Rahmen der Ordnungspartnerschaft ist zu intensivieren und zu stärken. Initiativen, Vereine und andere Organisationen, die an Brennpunkten arbeiten, sind geeignet mit einzubeziehen.

255. **Schulhöfe als öffentliche Plätze erhalten.** Schulhöfe sind öffentliche Flächen und sollen grundsätzlich tagsüber als Spiel- und Naherholungsfläche zugänglich sein, auch am Wochenende und in den Ferien (s. Kapitel Bildung). Wir setzen auf die Verhinderung von Vandalismus durch eine stärkere Präsenz des Ordnungsamtes. Bestehende Einzäunungen sind jährlich zu überprüfen. Eine Videoüberwachung von Schulhöfen ist nur in Ausnahmefällen und nur nach Beschluss in Schulkonferenz, Bezirksvertretung und Rat zulässig und ebenfalls jährlich zu überprüfen.
256. **Präsenz statt Videoüberwachung.** Die FDP lehnt die flächendeckende Videoüberwachung öffentlicher Plätze ab. Die Videoüberwachung ist eines der letzten Mittel zur Bekämpfung nachgewiesener Kriminalitätsschwerpunkte und muss sich auf diese zeitlich befristet beschränken. Mittel der Wahl ist eine verstärkte Präsenz von Polizei und Ordnungsamt.
257. **Keine Alkoholverbote im öffentlichen Raum.** Wir wenden uns gegen Alkoholverbote im öffentlichen Raum. Problemen im Zusammenhang mit Alkoholkonsum ist in erster Linie durch Maßnahmen des Außendienstes des Ordnungsamtes zu begegnen.
258. **Feuerwehr und Rettungsdienst stärken.** Beim Schutz unserer Bürger achten wir auch auf die Funktionsfähigkeit und Effizienz der haupt- und ehrenamtlichen Feuerwehren in guter Zusammenarbeit mit anderen Organisationen des Katastrophenschutzes. Wir wollen eine wirtschaftlich sinnvolle Zusammenarbeit zwischen Feuerwehr und privaten Anbietern im Rettungs- und Krankentransport. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, weiter konsequent in notwendige Erweiterungen von Feuer- Rettungswachen, Fahrzeuge und die Ausrüstung zu investieren. Auch muss das Ehrenamt, welches viele Bielefelder-/innen in diesen Bereichen ausüben, viel stärker gefördert und unterstützt werden.
259. **Parkbänke nummerieren.** Wir wollen, dass in Parkanlagen die Parkbänke nummeriert werden, damit Rettungs- und Einsatzkräfte bei einem Notfall schneller den Hilfesuchenden finden können.
260. **Prävention durch Jugendarbeit.** Kriminelle Karrieren verhindert man am besten, bevor diese überhaupt entstehen; dies bedarf Investitionen in die Kinder- und Jugendarbeit. Mit einer konstruktiven Arbeit an Schulen und in Freizeiteinrichtungen wollen wir Maßnahmen zur Aufklärungsarbeit gegen den Missbrauch von Alkohol und Drogen forcieren. Wir wollen mit Schule und Jugendamt gemeinsame Wege mit den Jugendlichen und ihren Familien gehen, um eingeschlagene „schlechte“ Wege wieder zu verlassen. Wir wollen der Verrohung unserer Gesellschaft in den Anfängen mit einer guten und stärkeren Kinder- und Jugendarbeit in den Stadtteilen entgegenwirken.



Regionale

Zusammenarbeit

Unsere Region als Trumpf

im Standortwettbewerb

Regionale Zusammenarbeit – Unsere Region als Trumpf im Standortwettbewerb

Die Herausforderung

Bielefeld ist das Oberzentrum in Ostwestfalen-Lippe. Diese Rolle muss nicht nur in der Stadtpolitik sichtbar sein, sie muss auch strategisch definiert sein. Bielefeld hat im Wettbewerb mit anderen Großstädten einen großen Vorteil: Unsere Region. Ostwestfalen-Lippe ist eine starke Region und Bielefeld ist mit Abstand die größte Stadt. Darin liegen immense Chancen. Das Einzugsgebiet für unseren Einzelhandel ist attraktiv, unsere Hochschulen und Kultureinrichtungen strahlen in die gesamte Region aus. OWL ist mit seiner gesunden und innovativen Wirtschaftsstruktur ein „hidden champion“ der europäischen Regionen. Gemeinsame Initiativen wie das Spitzenclusterprogramm „It's OWL“ haben gezeigt, welche Potenziale in der regionalen Zusammenarbeit liegen.

Regionale Zusammenarbeit ist vielschichtig. Die Chancen liegen sowohl in der gesamten Region OWL, als auch im näheren Umfeld wie der Regiopole (Städtekooperation im näheren Umkreis: Herford, Bad Salzuflen etc.) und den benachbarten Kreisen Herford und Gütersloh. Die große Klammer ist OWL, der Markenkern ist Bielefeld.

Leider wurden diese Chancen in den letzten Jahren nicht konsequent genutzt. Desinteresse oder kleinliche Streitereien prägten unser Verhältnis zu den Nachbarkommunen. In manchen Feldern stehen wir auch im Wettbewerb mit unseren Nachbarn, aber unsere Hauptwettbewerber sind Städte gleicher Größenordnung in ganz Deutschland und unsere Nachbarn sind dabei ein zentraler Vorteil. Darum müssen wir die Potenziale, die unsere Stellung in unserer Region bietet, konsequent nutzen.

Andere Regionen und Regiopole bringen sich bereits in Stellung. Wir dürfen diese Entwicklung nicht verschlafen.

Unser Kompass

Bielefeld muss sich gegenüber seinen Nachbarstädten partnerschaftlich verhalten: Selbstbewusst, aber nicht überheblich; die eigenen Interessen wahren, aber zunächst das Gemeinsame fördern; die Verständigung suchen statt die Eskalation in Kauf zu nehmen. Von einem guten Miteinander in OWL profitieren wir alle, denn wir stehen auch als Region im nationalen Wettbewerb und wollen dabei alle unser gemeinsames Einzugsgebiet als Trumpf einsetzen.

Wir wollen daher aktiver als bislang den Kontakt zu den anderen Kreisen, Städten und Gemeinden in OWL suchen und ausbauen. Für regional bedeutsame Themen wollen wir uns an vorderster Linie einsetzen und ein Sprecher der Region mit Gewicht werden. Die interkommunale Zusammenarbeit muss in allen Bereichen verstärkt werden. Kommunale Leistungen, die im Verbund angeboten werden, können zudem Steuergelder einsparen ohne den Leistungsumfang zu reduzieren.

Unsere Maßnahmen – Was zu tun ist:

261. **Regiopolregion intensivieren.** Wir wollen mit allen oder einzelnen Kommunen der Regiopolregion umfassende Vereinbarungen zur Umsetzung neuer Projekte der Zusammenarbeit aushandeln. Gerade in den Bereichen Verwaltung, Wirtschaft und Kultur liegen enorme Potenziale. So könnten bestimmte Verwaltungseinheiten gemeinsam betrieben, Beschaffungen gebündelt, Bibliotheken vernetzt, Kulturprogramme gemeinsam veranstaltet oder Personalvertretungen wechselseitig organisiert werden. Wir wollen, dass die hieraus entstehenden Kooperationen Vorbild und Keimzelle für ähnlich gelagerte Zusammenarbeit mit weiteren Kommunen in OWL werden. Die Regiopolregion soll nicht als Konkurrenz zu OWL-weiten Projekten sondern als intensivere Ergänzung und Schrittmacher der Zusammenarbeit in der ganzen Region betrieben werden.
262. **Interkommunale Zusammenarbeit im IT-Bereich forcieren.** Im Bereich der IT wollen wir eine enge Kooperation mit Kommunen und Kreisen der Region eingehen. Eine gemeinsame Softwarebasis wie SAP schafft Synergien und kann von einem einzigen Dienstleister betreut werden. Dieser Dienstleister darf auch privatrechtlich organisiert sein. Wichtig ist, dass die Basis von Soft- und Hardware Komponenten langfristig in allen den teilnehmenden Städten bzw. Kreisen synchronisiert werden, um eine gemeinsame, schnelle, schmale und kostengünstige Betreuung zu schaffen.
263. **Regionale Verantwortung wahrnehmen.** Gegenüber dem Land NRW muss Bielefeld deutlich vernehmbarer Fürsprecher der Region sein. Gemeinsame Appelle initiieren und vorbringen, Interessen und deren Durchsetzung koordinieren – diese Aufgaben sollten in der Region auch und vor allem vom Oberzentrum wahrgenommen werden.
264. **Flughafen als Projekt der Region.** Wir bekennen uns zum Flughafen Paderborn/Lippstadt. Eine Großstadt braucht eine gute Anbindung zum Flugverkehr. Insofern ist der Flughafen Paderborn/Lippstadt ein Standortfaktor. Wir wollen uns für eine bessere Verkehrsanbindung des Flughafens einsetzen.
265. **„It’s OWL“ entschiedener fördern.** Bielefeld muss innerhalb des Spitzenclusters „It’s OWL“ eine starke Rolle spielen. Wir wollen, dass die Beteiligung von Bielefelder Unternehmen und Hochschulen durch die Stadt befördert wird, auch hier muss Bielefeld seiner Verantwortung und Führungsfunktion nachkommen.
266. **Bei Feuerwehr, Leitstelle und Notrufen Kooperation suchen.** Eine Leitstelle für Notrufe ist teuer und muss nicht immer neu entwickelt werden. Zwar werden derzeit bereits neue Leitstellen gebaut, langfristig sollten aber die Stadt Bielefeld und die Kreise Herford und Gütersloh eine Strategie entwickeln, die Leitstellen zusammenzulegen. Nicht nur Feuerwehr, Rettungsdienst und Polizei haben Gemeinsamkeiten, auch der ärztliche Bereitschaftsdienst (Nr. 115 116) kann dabei - wie der Kreis Lippe zeigt - gut integriert werden.
267. **Verkehr besser vernetzen.** Leider endet ein gut abgestimmter ÖPNV oft an den Kreisgrenzen. Zwar gibt es Verbindungen, in der Abstimmung beispielsweise zu Tarifsys-

tem, Stadtbahn oder P&R Systemen hapert es aber. Gerade Bielefeld muss als Oberzentrum mit Hauptbahnhof und rund 120.000 Pendlerbewegungen am Tag besser aus der Region erreichbar werden. Die Elektrifizierung von Verbindungen in die Region ist auch im Bielefelder Interesse.

268. **Schulticket als regionales Projekt.** Wir wollen ein optionales OWL-weites Schulticket für maximal 30 Euro pro Monat einführen, das Schülerinnen und Schülern freie Fahrt in ganz OWL ermöglicht. Das Ticket soll auch für Auszubildende gelten.
269. **Durch regionale Planung Förderschulen sichern.** Förderschulen sind eine wichtige pädagogische Ressource, die besonders oft über Stadtgrenzen hinweg genutzt werden. Wir wollen eine regionale Entwicklungsplanung für Förderschulen aufnehmen, um Eltern von Kindern mit besonderem Förderbedarf weiterhin die Wahl zwischen Unterricht an einer Förder- oder einer Regelschule zu ermöglichen.
270. **Stärkere Präsenz im Regionalrat.** Der Regionalrat ist ein wichtiges Beschlussgremium bei der Bezirksregierung Detmold. Wir wollen, dass die Bielefelder Verwaltung sich dort intensiver einbringt und eine aktivere Rolle im Konzert der Kreise spielt. Neben der Regionalplanung soll Bielefeld Initiativen zur Stärkung der Region unterstützen und fördern.



**Sportstadt Bielefeld
entwickeln.**

Sportstadt Bielefeld entwickeln

Die Herausforderung

Sport bietet eine wichtige Abwechslung zum Alltag, schafft Perspektivwechsel und bereitet Freude. Er dient der eigenen Gesundheitsvorsorge und dem Austausch der Kulturen und vermittelt Werte wie Fairness, Akzeptanz von Regeln und Achtung des sportlichen Gegners. Wer Sport treibt, hat eine höhere Lebensqualität. Außerdem ist Sport auch Quelle sozialen Lernens und leistet einen wichtigen Beitrag zur Gewalt- und Suchtprävention. Sein integrativer Faktor ist erheblich und eine ganzheitliche Bildung wird durch Sport erst möglich.

Leistungssport ist ein wichtiges Aushängeschild für eine Stadt und hat eine immense Vorbildfunktion. Einzelne nationale und internationale Erfolge Bielefelder Sportlerinnen und Sportler im Spitzensport sind in der Stadt abseits des Fußballs zu wenig bekannt. Der Leistungssport hat einen höheren Stellenwert verdient.

In unserer Gesellschaft wird Sport zu einem großen Teil in ehrenamtlich organisierten Vereinen betrieben. Vereine sind ein wichtiges Bindeglied in der Gesellschaft und bieten soziale Heimat. Das ehrenamtliche Engagement muss kontinuierlich gefördert werden, auch weil es im Wettbewerb zu anderen Freizeitgestaltungen steht. Auch durch die Ausweitung von Schulzeiten wird die Jugendarbeit für Vereine schwieriger.

Unser Kompass

Wir wollen im Rahmen der bestehenden Sportentwicklungsplanung die Bereitstellung, Pflege und Nutzung vielfältiger Freizeit-, Sport- und Erholungseinrichtungen für Vereine und den vereinsungebundenen Sport koordinieren und einen stärkeren Akzent im Spitzensport setzen. Unsere Sportvereine sind ein wichtiger Partner, denn der Sport im Verein ist für den Breitensport, Leistungssport und für den Behindertensport in unserer Stadt von großer strategischer Bedeutung. Wir wollen sie daher noch stärker mit öffentlichen Angeboten vernetzen und diese einbinden.

Als Freie Demokraten begrüßen und fördern wir bürgerschaftliches Engagement. Wo Bürger tätig werden, sollen sich Staat und Stadt zurückhalten. Daher fördern wir das Ehrenamt im Sport und darüber hinaus.

Unsere Maßnahmen – Was zu tun ist:

271. **Masterplan Schwimmen - Jedes Kind soll schwimmen lernen.** Das Schwimmabzeichen in Bronze ist der Ausweis belastbarer Schwimmfähigkeit. Schwimmen zu können wird immer mehr auch zu einer sozialen Frage in unserer Stadt. Damit unabhängig vom Elternhaus jedes Kind nach der Grundschulzeit schwimmen kann, haben wir einen Masterplan Schwimmen vorgeschlagen und wollen, dass die Stadt ihn in der nächsten Periode endlich umsetzt. Hierzu gehören die städtische Erfassung der Schwimmfähigkeit von Grundschulkindern, das Angebot bzw. die Vermittlung von Kursen in den Schulferien, ausreichende Schwimmhallenkapazitäten und die Nutzung

der Freibäder. Wir wollen es privaten Anbietern einfacher machen, Schwimmkurse anzubieten und sie in die Konzeption eines koordinierten städtischen Vorgehens einbinden.

272. **Grundschulwettbewerb Schwimmen starten.** Wir wollen einen stadtweiten Wettkampf zum Schulschwimmen initiieren, um dem Thema Schwimmen im Grundschulalter mehr Aufmerksamkeit zu geben. Unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters sollen vor allem die Schulen ausgezeichnet werden, die die größten Erfolge bei der Vermittlung der Schwimmfähigkeit erzielt haben.
273. **Ausreichende Bäderkapazitäten planen – Lernschwimmbecken bauen.** Fehlende Hallenzeiten, vor allem aber lange Fahrten zu Schwimmstätten sind für den Schwimmunterricht an Schulen ein großes Hindernis. Wir wollen nach einer systematischen Bedarfs- und Standortplanung Lehrschwimmbecken bauen, so dass Grundschulkindern am Schulstandort oder in kurzer Entfernung hierzu lernen können und die Unterrichtszeit im Wasser und nicht im Bus verbringen. Die Lehrschwimmbecken sind für Kursanbieter zu öffnen.
274. **Sportliche Großveranstaltungen nach Bielefeld holen.** Wir wollen, dass Bielefeld deutlicher als bislang auch als Austragungsort großer Sportveranstaltungen wahrgenommen wird. Bestehende Traditionsveranstaltungen wollen wir stärken. Darüber hinaus wollen wir weitere Sporthighlights wie Länderspiele oder nationale Finalkämpfe in einer Vielzahl von Sportarten möglichst kostenneutral nach Bielefeld holen.
275. **Leistungssport systematisch entwickeln und unterstützen.** Wir wollen in einem Masterplan Leistungssport für die kommenden Jahre konzipieren, welche Rahmenbedingungen verbessert werden müssen, damit Bielefeld sich im Leistungssport deutlich weiterentwickeln kann. Das wird Planungen und anschließende Umsetzung für den Ausbau und die Pflege von Vereinssportanlagen, Bau von Sporthallen, Sanierung von Kunstrasenplätzen und finanzielle Unterstützung von Spitzensportvereinen beinhalten. Der Sportschule NRW mit ihren Bielefelder Standorten Theodor-Heuss-Realschule und Helmholtz-Gymnasium kommt im Rahmen dieses Konzeptes eine besondere Bedeutung zu. Nur eine sehr gute Sportinfrastruktur ermöglicht es jungen Bielefelder Sportlerinnen und Sportlern, Spitzenleistungen zu erreichen.
276. **Sport- und Talentförderung stärken.** Wir wollen ein Bielefelder Modell der konsistenten Bewegungs-, Sport und Talentförderung entwickeln und etablieren. Hierzu soll ein Konzept zur Bewegungsförderung von Kindern insbesondere in Stadtteilen mit sozialem Handlungsbedarf entwickelt werden.
277. **Kräfte bündeln, Sportstadt etablieren.** Neben der bewährten Organisation des Schul- und Vereinssportbetriebes wollen wir den Ausbau des Leistungssports inkl. Talentförderung konzeptionell neu aufstellen und koordinieren. Eine strategische Steuerung

im Sportamt oder die Schaffung einer Sportagentur nach dem Vorbild anderer Städte wie Düsseldorf könnte eine solche Koordinierung leisten.

278. **Sport in der wachsenden Stadt.** Die Sportentwicklungsplanung wollen wir kontinuierlich weiter entwickeln. Noch 2009 rechnete man beim damaligen Plan mit einem Rückgang der Bielefelder Bevölkerung. Dabei ist uns wichtig, bestehende Sportstätten durch Sanierungen zu erhalten und neue entsprechend der Einwohnerentwicklung Bielefelds sowie aktueller Trends und Entwicklungen im Sportbereich zu errichten bzw. Vereine dabei zu unterstützen, dies zu tun.
279. **Sport im Miteinander gestalten.** Wir streben den Erhalt eines breiten politischen Konsenses in der Bielefelder Sportpolitik an. Wir wollen nicht, dass Vereine gegeneinander oder gegen den vereinsungebundenen Sport ausgespielt werden. Wir setzen auf ein einvernehmliches und konstruktives Miteinander aller Akteure. Sportpolitik soll nicht über, sondern mit den Akteuren und Experten entscheiden.
280. **Verwendung der Sportpauschale fortsetzen.** Die Mittel aus der Sportpauschale sollen nach dem bisherigen Modell weiterverwendet werden. Die öffentlichen Mittel können so durch die beträchtlichen Eigenleistungen der Vereine vervielfachte Wirkung erzielen. Mit Eigenmitteln erbaute Sportstätten werden in der Regel auch nachhaltiger gepflegt. Über die Fördermöglichkeiten sollen Vereine auch durch das Sportamt umfassend informiert und beraten werden.
281. **Privates Kapital für den Sport mobilisieren.** Wir werden private Investoren ermutigen, in Sportstätten zu investieren, beziehungsweise neue zu errichten. Dazu werden wir dafür sorgen, dass die Genehmigungsprozesse innerhalb der Stadtverwaltung unkomplizierter und pragmatischer ausfallen. Einwerbung von Sponsoringmitteln wollen wir erleichtern und die Sponsoringrichtlinie vereinfachen.
282. **Kostenlose Nutzung städtischer Gebäude für die Jugendarbeit.** Zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements wollen wir, dass städtische Gebäude für die Jugendarbeit grundsätzlich kostenlos genutzt werden können. Die Nutzung öffentlicher Gebäude und Einrichtungen durch Vereine und Initiativen wollen wir stark vereinfachen und vergünstigen. Dies schließt Sportangebote für Ältere ausdrücklich ein.
283. **Hallenplanung digitalisieren.** Wir wollen die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen, um die Vergabe von Hallenkapazitäten an Sportvereine zu entbürokratisieren und transparenter zu machen. Durch Lesegeräte in den Hallen soll die Nutzung überprüft werden können. Zur Verbesserung der Servicequalität des Hallenzugangs durch Hausmeisterinnen und Hausmeister sowie zur Vergabe der Hallenzeiten soll ein Feedback-System für Vereine eingerichtet werden. Damit soll die Zufriedenheit der Vereine erfasst werden, um ggf. Verbesserungen einleiten zu können.
284. **Bewegung von Anfang an.** Als Beginn einer lebenslangen Bewegungskultur sollen Sportstunden in allen Kindertagesstätten verstärkt angeboten werden. Wir wollen dazu mit allen Trägern einen breiten Konsens finden.

285. **Mehr Sport im Rahmen der Schulzeit.** Die Anstrengungen, Sport- und andere Vereine in OGS-Angebote zu integrieren, wollen wir verstärken. Dieser Sport im Rahmen der Schulzeit muss ausgebaut und besser organisiert werden. Wir wollen an den Schulen durch qualifizierte Trainer zu attraktiveren Sportangeboten kommen und die Vernetzung mit Sportvereinen und anderen Schulen in unmittelbarer Nähe zur Schule vorantreiben.
286. **Vereinsunabhängigen Sport fördern.** Wir wollen niedrigschwellige Sport- und Bewegungsmöglichkeiten in der Stadt und den Parks pflegen und ausbauen. Bielefeld braucht mehr Bolzplätze, die für alle zugänglich sind. Wir wollen den Zugang zu Schulhöfen grundsätzlich erhalten und ggf. vorhandene Einzäunungen allenfalls nachts verschließen (siehe Kapitel Bildung). Wir befürworten die Aufstellung von Sport-Fitnessgeräten, die auch für Seniorinnen und Senioren genutzt werden können. Die Laufstrecken sollen nicht nur in Stand gehalten werden, sondern auch ausgebaut und ggf. beleuchtet werden.
287. **“E-Sports” in Bielefeld stärken.** Elektronische Spiele gewinnen immer mehr an Beliebtheit. Immer häufiger werden Wettbewerbe ausgetragen, die einen eindeutigen Sportcharakter wie Schach aufweisen. Wir wollen darum den “E-Sport” in Bielefeld stärken und als Sport anerkennen.